



ZUKUNFTSFORUM
POLITIK



87 | 2008
Rudolf van Hüllen

Das Rechtsextreme
Bündnis:
Aktionsformen und
Inhalte



ISBN 978-3-939826-96-5

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | VORWORT

Wilhelm Staudacher

7 | 1. EINLEITUNG

10 | 2. DIE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE IN DER BUNDESREPUBLIK

- 2.1 Extremismus.....11
- 2.2 Extremismusprävention durch vorverlagerten Demokratieschutz.....12
- 2.3 Ideologiemerkmale des Rechtsextremismus14
- 2.4 Organisationsformen des Rechtsextremismus15

17 | 3. ENTWICKLUNG, STRUKTUR UND PERSONAL DER ORGANISATIONEN

- 3.1 Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ..17
- 3.2 Die „Deutsche Volksunion“ (DVU)23
- 3.3 Neonationalsozialistische „Kameradschaften“ und „Freie Kräfte“ 25
- 3.4 Bewertung des Potenzials der „Volksfront von rechts“26
 - 3.4.1 Organisatorische Kapazität26
 - 3.4.2 Wahlerfolge/Wählerpotenzial28
 - 3.4.3 „Gelegenheitsstrukturen“ für rechtsextremistische Politik.....30

33 | 4. STRATEGIE UND TAKTIK DES „MODERNISIERTEN“ RECHTSEXTREMISMUS

- 4.1 Rechtsextremistisches Politikverständnis: Politische Fragen sind Machtfragen.....33
- 4.2 Grundkonzeptionen und Probleme der „Volksfront von rechts“34
 - 4.2.1 „Kampf um die Köpfe“34
 - 4.2.2 „Kampf um die Straße“35
 - 4.2.3 „Kampf um die Parlamente“35
- 4.3 Taktisches Auftreten.....36
 - 4.3.1 Politikstil: Übernahme linksextremistischer Agitation und Rhetorik.....37
 - 4.3.2 Überregionale Aktionsformen39
 - 4.3.3 Rechtsextremismus vor Ort42
 - 4.3.4 Rechtsextremisten in Parlamenten und Kommunalvertretungen45

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-96-5

48| 5. PROGRAMMATIK

5.1 Stellenwert politischer Programmatik	
bei Rechtsextremisten.....	48
5.1.1 Primat revolutionärer Grundsatzanliegen	49
5.1.2 Kernelemente rechtsextremistischer	
Programmatik.....	49
5.1.2.1 „Systemüberwindung“	49
5.1.2.2 Feindbilder.....	51
5.1.2.3 Verschwörungstheorien.....	53
5.2 Ideologie- und Grundwerteebene.....	54
5.2.1 „Lebensrichtiges Menschenbild“ als Grundlage	
völkischer Ideologie.....	54
5.2.2 Volksgemeinschaft als ethnisch bestimmte	
Zwangskörperschaft	56
5.2.3 Kampf gegen „Menschenrechtsideologie“.....	57
5.2.4 Kulturelle Referenzmodelle:	
Neoheidnische Visionen.....	58
5.2.5 Geschichtsbild: Vorbild Nationalsozialismus	60
5.3 Mittlere Politikebene:	
Internationale/europäische /deutsche Politik	61
5.3.1 „Ethnopluralismus“ und Kampf gegen	
„Globalismus“	61
5.3.2 Ausstieg aus der Europäischen Union	62
5.3.3 Ausstieg aus dem atlantischen Bündnis	63
5.3.4 Verhältnis zum Islamismus.....	64
5.3.5 „Raumorientierte Wirtschaftspolitik“.....	65
5.3.5 Sozialagitation	66

69| 6. ZUSAMMENFASSUNG

71| 7. AUSGEWÄHLTE EINFÜHRENDE LITERATUR

73| DER AUTOR

73| ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Winston Churchill wird das Zitat zugeschrieben, „*die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.*“ Damit wollte der britische Staatsmann verdeutlichen, dass die Demokratie jeden Tag neu erarbeitet, ja zuweilen auch unter Schwierigkeiten erkämpft werden muss. Das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit und die geregelte Auflösung von Interessengegensätzen stellt immer neue Herausforderung an die Politik. Dazu gehört, die Demokratie gegen ihre Feinde, gegen die Extremisten gleich welcher Couleur entschieden zu verteidigen.

Diese Auseinandersetzung – insbesondere mit den Gegnern der Demokratie vom rechten Rand unserer Gesellschaft – ist in den vergangenen Jahren schwieriger und vielschichtiger geworden: Die Rechtsextremisten haben ihre Taktik verändert. Sie haben ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert. Sie versuchen, sich einen bürgerlichen „Anstrich“ zu geben und versprechen sich davon größere Akzeptanz.

Die vorliegende Studie stellt zum einen diese Tendenzen eingehend dar und will damit helfen, Rechtsradikalismus frühzeitig zu erkennen. Sie zeigt aber auch, dass der Rechtsextremismus seine Wurzeln nach wie vor im nazistischen, faschistischen und totalitären Denken hat. Sie beschreibt, dass sich die radikale Rechte nicht scheut, linksextremen Populismus aufzugreifen und sich zu eigen zu machen. Zugleich wirft die Studie ein Schlaglicht auf die handelnden Personen und auf den Widerspruch zwischen bürgerlichem Habitus auf der einen und kriminellen Verstrickungen der politischen Akteure auf der anderen Seite.

Damit will die Studie Grundlagen für ein entscheidendes Ziel legen: Der Rechtsextremismus muss mit allen zur Verfügung stehenden und erfolgversprechenden Mitteln von Rechtsstaat, Politik und Gesellschaft bekämpft werden. Im Mittel-

punkt dieser Auseinandersetzung muss die politische Bildung stehen. Es ist vor allem sie, die in enger Kooperation mit Schulen, Lehrern und Multiplikatoren in zwei Richtungen aktiv werden kann: Sie kann erstens über die Aktivitäten von Extremisten informieren, ihre ideologischen Wurzeln freilegen und damit Ansatzpunkte für das Engagement gegen ihre Agitation bieten.

Sie kann aber zugleich den antitotalitären Grundkonsens stärken und gegen Extremismen immunisieren, indem sie für die Demokratie wirbt, indem sie die Vorzüge dieser Staatsform immer wieder neu erklärt, indem sie Demokraten heranbildet und zur Übernahme von Verantwortung für Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenrechte ermuntert. Der antitotalitäre Grundkonsens gegen jede Form von Extremismus, der unserer Demokratie und der Idee der wehrhaften Idee zugrunde lag, droht verloren zu gehen. Wir knüpfen an diesen Grundkonsens an.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Wurzeln in der Politischen Bildung. Die Demokratie zu stärken, den Wertekonsens zu festigen und politische Willensbildung zu unterstützen, gehört zu ihren Kernaufgaben. Wir wollen die Zukunft der Demokratie sichern – und mit der Demokratie die Zukunft sichern. Zu dieser Aufgabe soll diese Studie einen wichtigen Beitrag leisten.

Berlin, im März 2008

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

1. EINLEITUNG

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit die Renaissance eines extremistischen Phänomens, das in Zeiten der weltweiten Auseinandersetzung mit dem militanten Islamismus seltsam anachronistisch wirkt: Der Rechtsextremismus kann durch relativ spektakuläre Wahlerfolge in drei¹ der östlichen Bundesländer auf sich aufmerksam machen. Rechtsextremistische Kräfte, die sich bisher feindlich gegenüber standen, haben sich zu einem *rechtsextremistischen Bündnis* zusammengeschlossen. Sie agieren seit einigen Jahren ungleich aggressiver, öffentlichkeitswirksamer, aber auch professioneller, als man es bislang gewohnt war. Motor und Zentrum dieses modernisierten Rechtsextremismus ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).

Die „Modernisierung“ der NPD und ihrer Bündnispartner ist freilich in Führungszeichen zu setzen und umfasst in erster Linie drei Aspekte. Erstens hat sich die früher als altbacken reaktionär-nationalistisch geltende Partei ideologisch regelrecht *nazifiziert*. Kaum verhüllt vertritt sie offen rassistische und biologistische Auffassungen: Ihre kämpferisch-aggressive Haltung gegen nahezu sämtliche Grundwerte zivilisierter Gesellschaften war nie ausgeprägter als heute. Zweitens hat sich die NPD ein *neues, geliftetes Image* zugelegt. Sie kennt inzwischen die Regeln des politischen Marketings und die Medienwirkung der Provokation. Modernisiert erscheinen auch die Auswahl und Darbietung ihrer politischen Anliegen, ferner Strategie und Taktik der Partei. Die „modernisierte“

NPD stellt drittens das *Gravitationszentrum des rechtsextremistischen Bündnisses* zwischen der verstaubt wirkenden „Deutschen Volksunion“ (DVU) und den neonazistischen „Kameradschaften“ dar. Die bisherige Zersplitterung der rechtsextremistischen Szene wurde zumindest teilweise überwunden. Mit diesen Aspekten der „Modernisierung“ ist der Rechtsextremismus aus seinem Hinterzimmer-Dasein herausgetreten. Er wird versuchen, jene gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen, die zum antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik gehört. Aktuell konzentrieren seine Aktivisten ihre Kräfte auf die neuen Bundesländer; sie glauben dort spezifische Gelegenheitsstrukturen zu sehen, die ihre Absichten unterstützen.

Ist angesichts des „modernisierten“ Rechtsextremismus die Republik in *Gefahr*? Eine solche Diagnose wäre gewiss überzogen: Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien von unter zehn Prozent in einigen kleineren Bundesländern sind mit Blick auf die späten 1960er Jahre erstens nichts Neues, und zweitens kann eine fragile Bündnisstruktur von um die 17.000 Rechtsextremisten eine stabile Demokratie von achtzig Millionen Einwohnern nicht aus den Angeln heben. Eine realistische Einschätzung des Phänomens ist demnach angesagt. Politische Hysterie und sensationsorientierte Verzerrung in der medialen Wahrnehmung sind dabei keine guten Ratgeber. Richtig ist, dass die Bundesrepublik mit dem modernisierten Rechtsextremismus ein *Problem* hat. Das ergibt sich aus dem immerhin messbaren Zuspruch gerade jüngerer Wähler zu einer Partei, die sich zu allem Überfluss auch noch vollständig nazifiziert hat und damit gegen den moralischen Gründungskonsens der Republik verstößt.

Probleme kann man lösen, abschaffen oder ignorieren. Ignoriert wurde einerseits durch schlichtes Wegsehen, andererseits durch vordergründige Skandalisierung und rituelle Inszenierung wirkungsloser und kontraproduktiver Betroffenheitsbekundungen schon zu lange. Parteienverbote sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe mit einer weiteren Hürde versehen.

Zur Lösung des Problems gibt es mithin keine Alternative mehr. Das bedeutet in einer pluralistisch-demokratisch verfassten Gesellschaft die Anstrengung, dem Rechtsextremismus mit der Kraft des besseren Arguments und gestützt auf die Überzeugung, dass Menschen vernunftbegabt und einsichtsfähig sind, den Rückhalt so weit wie möglich zu entziehen.

Solide Information und Hintergrundkenntnisse sind die Voraussetzung wirksamer politischer Auseinandersetzung. Eine kühle Einschätzung der Gefährdungen, aber auch der Stärken freiheitlicher Gesellschaften muss die Auseinandersetzung leiten – nicht sensationsorientierte Emotion.

1| DVU in Brandenburg, NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

2. DIE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE IN DER BUNDESREPUBLIK

Die Verfassungsgrundlagen und die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland beruhen auf der Erfahrung zweier verheerender Diktaturen im vergangenen Jahrhundert: des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 und des sowjetischen „realen“ Sozialismus in den heutigen neuen Bundesländern 1945 bis 1989. Obwohl beide Diktaturbewegungen sich als antagonistische Kontrahenten unerbittlich bekämpften und diametral entgegengesetzte ideologische Ziele verfolgten, wiesen sie in ihrer menschenverachtenden Herrschaftspraxis erhebliche Gemeinsamkeiten auf. Aus der Sicht des von ihrem Terror betroffenen Normalbürgers, der individuellen „Opferperspektive“, blieb die Unterschiedlichkeit der Ziele nachrangig. Für ein Gemeinwesen, das an die Spitze seiner verfassungsrechtlichen Wertehierarchie den Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde des Individuums stellt, ist diese Perspektive die entscheidende. Für die Väter und Mütter des Grundgesetzes verlief die entscheidende Konfliktlinie zwischen solchen totalitären, rechts- wie linksextremistischen Diktaturbewegungen auf der einen und den Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates auf der anderen Seite. Der „antitotalitäre Konsens“ im Grundgesetz geht davon aus, dass extremistische Bewegungen untereinander größere Gemeinsamkeiten als mit demokratischen Strukturen aufweisen. In der politischen Auseinandersetzung ist es daher durchaus zulässig, linke und rechte Diktaturbewegungen miteinander zu *vergleichen*, was keineswegs bedeutet, dass man sie einfach *gleichsetzen* darf.

Der „antitotalitäre Grundkonsens“ begründet zugleich eine gemeinsame Frontstellung von Demokraten aller politischen Richtungen gegen rechts- und linksextremistische Akteure. Sie beruht auf einem demokratischen Grundkonsens, der die institutionelle Sicherung und Gewährleistung von Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Machtkontrolle und Rechtsstaatsprinzip einschließt.

2.1 EXTREMISMUS

Aus diesem Grundkonsens nimmt die „streitbare Demokratie“ eine Frontstellung gegen jede Form von politischem Extremismus ein. Im Gegensatz zu der verbreiteten Legende, die Bonner Republik sei auf dem „rechten Auge blind“ gewesen, hat sich das erste Parteienverbot unter der Regierung Adenauer gegen die rechtsextremistische „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) gerichtet. Aus diesem Anlass hat das Bundesverfassungsgericht im Herbst 1952 Elemente einer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ definiert, die zum Mindestbestand des Verfassungskonsenses gehören:

- Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,
- Volkssouveränität,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit der Regierung,
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- Unabhängigkeit der Gerichte,
- Mehrparteienprinzip mit Chancengleichheit für alle politischen Parteien und
- Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition.¹

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts genügt für ein Verbot, wenn sich eine Partei „aggressiv kämpferisch“ gegen eines dieser Elemente des verfassungsrechtlichen Kernbestandes wendet. Dabei kommt es auch nicht darauf an, ob sie ihre Umsturzpläne offen bekennt und damit in absehbarer Zukunft Erfolg haben könnte: „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören auch [...] diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“²

Extremistische Bestrebungen und Gruppen sind gleichwohl keineswegs automatisch unzulässig oder verboten. Sie stellen vielmehr eine zwar unerfreuliche, aber dennoch „normale“ Erscheinung in Demokratien dar.

Die pluralistische Struktur von Gesellschaften resultiert letztlich aus einer Vielzahl individueller Auffassungen, die ihre Berechtigung aus der aufklärerischen Grundannahme einer unveräußerlichen Freiheit und Autonomie des Einzelnen herleiten. Selbst bei einer sehr breiten Zustimmung der Bevölkerung zu den tragenden Elementen des Verfassungskonsenses wird es daher unvermeidbar Personen geben, die diesen ablehnen. Dies ist in pluralistischen Gesellschaften kein Makel, sondern Normalität. Gelegentliche im politischen Raum erhobene Forderungen, „den Rechts-Extremismus auszurotten“, gehen nicht nur an der sozialen Wirklichkeit vorbei, sondern lassen auch darauf schließen, dass ihre Protagonisten Schwierigkeiten mit demokratischen Grundprinzipien haben: „Besen-reine“ Gesellschaften gibt es angesichts der Grundtatsache des gesellschaftlichen Pluralismus nicht. Wer sie fordert, lässt eine Neigung zu totalitären Zwangslösungen erkennen: Nur Diktaturen können mit Dissens nicht leben und sind gezwungen, eine virtuelle Harmonie mit Floskeln wie „Volksgemeinschaft“ oder „klassenlose Gesellschaft“ vorzutäuschen.

2.2 EXTREMISMUSPRÄVENTION DURCH VORVERLAGERTEN DEMOKRATIESCHUTZ

Die beste Prävention gegen Extremismus ist zweifellos das vorbehaltlose und engagierte Eintreten der Bürger für die bestehende demokratische Ordnung. Daran hat es schon einmal gefehlt: Historiker sind sich weitgehend darüber einig, dass die Weimarer Republik nicht nur am Zangenangriff der Rechts- und Linksextremisten zu Grunde gegangen ist, sondern auch deshalb, weil die politische Mitte sich nicht zu einer entschiedenen Verteidigung der Republik aufrufen konnte. Die Bundesrepublik hat deshalb vorsorglich ein System des sogenannten vorverlagerten Demokratieschutzes installiert. Es verzichtet auf ein sofortiges umstandsloses Verbot erkannter verfassungsfeindlicher Bestrebungen, lässt sie aber gleichwohl nicht völlig unbehelligt agieren. Speziell gemäß Art. 78 GG eingerichtete Verfassungsschutzbehörden haben die Aufgabe, solche Bestrebungen ohne polizeiliche Befugnisse zu beobachten und zu analysieren. Um die jenseits der Eigendarstellung tatsächlichen Absichten solcher Bestrebungen einschätzen zu können, dürfen diese Behörden geheime, „nachrichtendienstliche“ Mittel zur Informationsgewinnung einsetzen. Solches Vor-gehen ist allerdings nur zulässig gegen Organisationen, bei denen „Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen“³ festgestellt werden. Aus den Ergebnissen der Informationsgewinnung werden zur Unterrichtung der Öffentlichkeit die jährlichen Verfassungsschutzberichte generiert.

Verbote extremistischer Bestrebungen sind in zwei verschiedenen Konstellationen möglich: Erstens kann sich ein Verbot gegen einfache Vereine richten; sie werden durch den Bundesminister des Innern und, falls die Organisation nur in einem Bundesland tätig ist, durch den zuständigen Landesinnenminister ausgesprochen. In den letzten fünfzehn Jahren war eine Vielzahl besonders gewaltbereiter rechtsextremistischer Vereine von solchen Verbotsverfügungen betroffen. Zweitens kann sich ein Verbot gegen eine politische Partei richten, dann sind wegen der herausragenden Bedeutung von Parteien in der parlamentarischen Demokratie erhöhte Anforderungen an das Verfahren zu stellen. Parteien sind als verfassungsrechtlich notwendig für die politische Willensbildung des Volkes anerkannt, sie stehen im Rang verfassungsrechtlicher Institutionen und sind Mittler zwischen dem Volk und den Staatsorganen. Schon wegen dieser bedeutsamen Rolle sind nur die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat bzw. die entsprechenden Institutionen eines Bundeslandes berechtigt, einen Verbotsantrag zu stellen. Das Verfahren findet gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 2 GG vor dem Bundesverfassungsgericht statt.

Die NPD war Gegenstand eines Verbotsverfahrens⁴: Am 30. Januar und am 30. März 2001 hatten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat in Karlsruhe beantragt, die NPD für verfassungswidrig zu erklären und aufzulösen, weil die Partei „in ihrem Gesamtbild nationalsozialistisch, antisemitisch, rassistisch sowie antidemokratisch geprägt“ sei. Vorausgegangen waren im Jahr 2000 drei aufsehenerregende Vorfälle mit mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund.⁵ Trotz des erheblichen öffentlichen Erwartungsdrucks stellte das Bundesverfassungsgericht das Verfahren am 18. März 2003 ohne abschließendes Urteil ein. Es stellte dazu in einer Prozessentscheidung fest, die Durchsetzung der Führungsgremien der NPD mit V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden stelle einen nicht behebbaren Schaden für die rechtsstaatlich einwandfreie Durchführung des Prozesses dar.⁶ Die Verfassungswidrigkeit der NPD wurde vom Bundesverfassungsgericht 2003 materiell rechtlich gar nicht erst geprüft; so gesehen geht auch die seitherige Agitation der NPD fehl, man habe sie nicht verbieten können. Der Entscheidungstenor von Karlsruhe birgt allerdings die Gefahr, auf unabsehbare Zeit entweder künftige Verbotsverfahren oder die nachrichtendienstliche Beobachtung extremistischer Organisationen unmöglich zu machen.

2.3 IDEOLOGIERMERKMALE DES RECHTSEXTREMISMUS

Ideologie dient in extremistischen Bewegungen drei einander ergänzenden Zwecken: Sie stellt erstens ein möglichst umfassendes System von kodifizierten und nicht mehr hinterfragten Aussagen bereit, die einer vereinfachten Welterklärung und vermeintlich sicheren Orientierung in der Wirklichkeit dienen. Ideologie will zweitens ihre Anhänger zu Handlungen bestimmen und drittens die aus diesen Aktivitäten erwachsenden Resultate nachträglich rechtfertigen.

Es gibt gemeinsame Elemente totalitärer Ideologien: Fast immer bevorzugen sie dichotomische, bipolare Welterklärungen, die vereinfachte Unterscheidungen in gut-böse, richtig-falsch, gerecht-ungerecht, rückwärts-gewandt-fortschrittlich usw. vornehmen. Im Zuge dieser Dichotomien werden bei extremistischen Weltbildern auch stets Feindbilder geschaffen. Während Demokraten im Verkehr untereinander den Begriff des „politischen Gegners“ bevorzugen, ist für Extremisten aller Couleur die Feindbildkonstruktion ein geradezu unverzichtbares Merkmal. Das gilt besonders für den Rechtsextremismus, der in hohem Maße von der Abgrenzung zum „Anderen“, „Fremden“ lebt. Dieser wird als außerhalb der eigenen, ethnisch oder national definierten Gemeinschaft stehend definiert. Der Gegensatz zu ihm ist absolut, existenziell und nicht durch Kompromisse abzumildern, bei Neonationalsozialisten zudem „biologisch-naturwissenschaftlich“ begründet und daher unüberwindbar.

Damit ist ein erstes dominierendes Ideologiemerkmal des Rechtsextremismus angesprochen: Die vehemente Ablehnung der aufklärerischen Überzeugung von einer natürlichen Gleichheit im Sinne einer rechtlichen Gleichwertigkeit der Menschen. Zur Überbewertung des „Eigenen“ gehört spiegelbildlich die Abwertung des „Anderen“ als minderwertig. Im Zusammenhang mit dem Ideologem der Ungleichheit steht zweitens eine ausgeprägte Neigung zu Autoritarismus: Wenn Menschen qualitativ und rechtlich ungleich sind, liegt es nahe, den „Besten“ die Führung der gemeinschaftlichen Belange zu übertragen. Dies kann, muss aber nicht mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip begründet werden. Zugleich wird für das eigene Kollektiv größtmögliche Homogenität gefordert: Volksgemeinschaft oder Nation, je nach Ausrichtung der jeweiligen Gruppe. Fast immer folgt drittens aus der Vorstellung einer angeblichen Überlegenheit der eigenen Nation ein übersteigter Nationalismus oder Chauvinismus.

2.4 ORGANISATIONSFORMEN DES RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik treten in unterschiedlichen Organisationsformen auf, die ihrerseits in Traditionen wurzeln und Folgen für die politische Ausrichtung und den Stil politischen Agierens haben.

Den zahlenmäßig größten Anteil bildet nach wie vor das so genannte *rechtsextremistische Parteienlager*, in dem sich NPD, DVU und – je nach Bewertung – die „Republikaner“ befinden. Es versammelt von den aktuell rund 38.600 Rechtsextremisten⁷ etwas mehr als die Hälfte. Die Organisation in förmlich verfassten Parteien war typisch für die so genannte „Alte Rechte“, die auf traditionelle Formen politischer Partizipation setzte, ferner häufig an Traditionen der historischen nationalistischen deutschen Rechten anknüpfte oder versuchte, vermeintliche oder tatsächliche Defizite der demokratischen Parteien in populistischer Manier aufzugreifen.

Die *neonazistische Szene* kennt keine förmlich verfassten Parteien und verzichtet seit Mitte der 1990er Jahre auch weitgehend auf rechtlich fassbare Organisationsformen wie Vereine. Ihre rund 4.200 Anhänger sind vor allem in so genannten „Kameradschaften“ organisiert. Dies sind lokale, bisweilen dezentral miteinander vernetzte, aber juristisch nicht fassbare Strukturen von in der Regel höchstens 25 Mitgliedern. Sie werden bei Bedarf einfach aufgelöst oder treten gegebenenfalls auch flexibel unter wechselnden Bezeichnungen auf, um repressive Maßnahmen zu unterlaufen. Es gibt keine zentrale Steuerung und nur ansatzweise übergeordnete Strukturen wie die regionalen „Aktionsbüros“.

Die *rechtsextremistische Skinhead-Szene* bildet mit geschätzt um die 10.000 Anhänger einen wesentlichen Teil des rechtsextremistischen „Fußvolks“. Die meisten ihrer Anhänger sind von Ressentiments geleitet, über ein gefestigtes und ideologisch ausgebildetes Weltbild verfügen sie nicht. Die politisierten, neonazistischen Segmente der subkulturell geprägten Skinhead-Szene gelten jedoch als Rekrutierungsfeld für Jugendliche, die hauptsächlich über exzessiven Alkoholkonsum und „Events“ wie Skinhead-Konzerte gewonnen werden. Dabei dient die Musik als „Türöffner“ für neonazistisches Gedankengut. Der 1993 verstorbene britische Neonazi und Leadsänger der Band „Screwdriver“ Ian Stuart Donaldson bezeichnete Musik als ideales Mittel, um Jugendlichen den Nationalsozialismus nahe zu bringen. In den Texten werden Rassismus, Gewalt und Antisemi-

tismus propagiert sowie der Kampf gegen die verhasste Demokratie besungen. Politische Gegner werden als „Ungeziefer“ charakterisiert und in menschenverachtender Form als Gewaltziele definiert.

- 1| *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.10.1952 (SRP-Verbot), BVerfGE 2, 1 ff.*
- 2| *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17.08.1956 (KPD-Verbot), BVerfGE 5, 85 (Leitsätze).*
- 3| *So die etwas umständliche, weitgehend ähnliche Formulierung in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Sie zeigt, dass die Eingriffsschwelle für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz sehr niedrig liegt: Die Behörde muss das Vorliegen extremistischer Bestrebungen nicht beweisen, die Feststellung von Anhaltspunkten für ihr Vorliegen genügt, um die Beobachtung auszulösen.*
- 4| *Ausführlich zum NPD-Verbotsverfahren Flemming, Lars: „Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem ‚Aufstand der Anständigen‘ der ‚Aufstand der Unfähigen‘ wurde“. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 15 (2003), S. 159-176.*
- 5| *Es handelte sich um einen Bombenanschlag auf eine Gruppe russlanddeutscher jüdischer Aussiedler, einen Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge sowie den Tod durch Ertrinken eines Jungen in Sebnitz (Sachsen), dessen Vater aus einem arabischen Land stammte. Letzterer Vorfall wurde von der „Bild“-Zeitung örtlichen Skinheads zur Last gelegt. Bei dem Bombenanschlag wiesen die polizeilichen Ermittlungen auf einen allgemein kriminellen (mafiosen) Hintergrund hin, als Brandstifter an der Synagoge konnten zwei Jugendliche mit muslimischem Migrationshintergrund ermittelt werden. Die Ermittlungen zum Todesfall in Sebnitz ergaben einen Unfall; ein Fremdverschulden konnte nicht festgestellt werden. Der Bericht der „Bild“-Zeitung erwies sich als frei erfunden.*
- 6| *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.03.2003; im Internet unter <http://www.extremismus.com/dox/bvg10.htm>. Ein Teil des Senats trat diesem Tenor nicht bei. Er sah kein unüberwindliches Verfahrenshindernis, sondern wies darauf hin, dass Gericht habe durch Ermittlung des Sachverhalts die offenen Fragen aufklären und über den Verbotsantrag in jedem Falle positiv oder negativ entscheiden müssen.*
- 7| *Zahlen zu extremistischen Organisationen stammen, soweit nicht anders vermerkt, stets aus Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006. – Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz, 2007; im Internet unter http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2006.pdf abrufbar.*

3. ENTWICKLUNG, STRUKTUR UND PERSONAL DER ORGANISATIONEN

Der auch im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehende handlungsfähige Kern des deutschen Rechtsextremismus wird derzeit durch ein politisches Bündnis von NPD, DVU und Teilen der neonazistischen „Kameradschaften“ mit der NPD als Gravitationszentrum gebildet. NPD und DVU haben am 15. Januar 2005 ein formelles Bündnis, den so genannten „Deutschlandpakt“, geschlossen. Er bezieht sich im Wesentlichen auf Wahlabsprachen, die dafür sorgen sollen, dass die beiden Parteien nicht mehr gegeneinander antreten.¹ Die NPD verwendet für die Zusammenarbeit aller drei Partner den Begriff „Volksfront von rechts“. Er ist propagandistisch gut gewählt, entspricht aber nur begrenzt den Tatsachen, denn zwischen den neonationalsozialistischen Kameradschaften und der DVU existiert ein Feindschaftsverhältnis, das von ideologischen Differenzen und auch persönlicher Verachtung in beide Richtungen geprägt ist.

3.1 DIE „NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS“ (NPD)

Die Gründung der NPD 1964 war der Versuch, in Zeiten einer relativen Schwäche des deutschen Rechtsextremismus eine Sammlungspartei als Wahlplattform für die zersplitterte Rechte zu gründen. Sie gab sich besitzbürgerlich, prowestlich, vehement antikommunistisch, nationalistisch, aber

durchaus der Marktwirtschaft zugetan. Sie bekannte sich formal zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, unterlegte diesen aber eine dem Grundgesetz fremde völkisch-nationalistische Ausdeutung. Mitte der 1960er Jahre stellten sich erste Wahlerfolge ein. Der Beginn der Ostpolitik, die große Koalition, das Aufkommen einer militant agierenden extremistischen „Neuen Linken“ und nicht zuletzt die wirtschaftliche Rezession 1966/67 trieben ihr statusbedrohtes Bürgertum und Wähler vom rechten Rand der Unionsparteien zu. Ihre Mitgliederzahlen stiegen bis auf 28.000 Personen (1967). 1971 besetzte sie bundesweit 426 Kommunalmandate.² Außerdem zog sie bis 1968 mit insgesamt 61 Abgeordneten in sieben Landtage ein, erzielte dabei bis zu 9,8 Prozent (Baden-Württemberg), scheiterte aber bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der Sperrklausel.

Danach gelangen ihr keine nennenswerten Erfolge mehr; 1996 erreichte sie mit nur noch 3.240 Mitgliedern (nach Verfassungsschutzangaben 3.500) ihren bisherigen Tiefpunkt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm der frühere Bundeswehrhauptmann Udo Voigt (geb. 1952) den Posten des Bundesvorsitzenden. Voigt stützte den vom Jugendverband ausgehenden „Nazifizierungskurs“, indem er für die Aufhebung eines früheren Abgrenzungsbeschlusses gegenüber der Neonazi-Szene sorgte. Zwar war die „alte“ ebenso wie die „neue“ NPD rechtsextremistisch und die heutige Parteiführung stellt sich in die Tradition der 1964 gegründeten Partei, gleichwohl ist es für die politische Auseinandersetzung wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es sich bei der „neuen“ NPD im Grunde um ein völlig anderes Phänomen handelt. Die demonstrative Anknüpfung an den „besitzbürgerlichen“ Gestus, noch heute mit dem Versuch, in bürgerlichen Kreisen reputierlich zu erscheinen, ist von den Tatsachen nicht mehr gedeckt.

Eine Partei mit nur 7.000 Mitgliedern bundesweit kann keine wirklich flächendeckende Struktur aufbauen, auch wenn sie sechzehn Landesverbände und rund 200 Kreisverbände für sich reklamiert.³ Die Zahl der Ortsgruppen ist nicht bekannt. Die NPD ist regional höchst ungleichmäßig vertreten. Ihre Hochburgen liegen im süddeutschen Raum. Zahlenmäßig stärkster Landesverband ist Sachsen mit mehr als 1.000 Mitgliedern (24 Kreisverbände), gefolgt von Bayern (37 Kreisverbände und sieben übergeordnete „Unterbezirke“ mit 900 Mitgliedern). Es folgt das viel bevölkerungsreichere Nordrhein-Westfalen, in dem die NPD aber nur 26 Kreisverbände angibt, die zusammen 750 Mitglieder organisieren. Nahezu alle Kreisverbände sind nur über Postfächer erreichbar; wie viele von ihnen

nur als Phantomstrukturen existieren, ist mithin kaum klärbar. Jedenfalls ist die NPD in weiten Teilen der Republik mangels örtlicher oder regionaler Strukturen nicht wahrnehmbar. Aus dieser Situation hat die NPD die Konsequenz gezogen, ihre Kräfte soweit als möglich zu konzentrieren, um in einzelnen Schwerpunktregionen den Eindruck einer handlungsfähigen Struktur zu erwecken. Auch die Beteiligung an Wahlen richtet sich nach solchen Erwägungen. Kandidiert wird im Allgemeinen nur, wenn einigermaßen die Aussicht besteht, existierende Sperrklauseln zu überwinden oder zumindest ein Achtungsergebnis zu erzielen. Bestätigt hat sich dies im April 2007 bei den vorgezogenen Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt: Die NPD erlangte überall Mandate, wo sie Kandidaten aufgestellt hatte.

Finanziell war die NPD nie auf Rosen gebettet. Sie erhält Spenden nur von Einzelpersonen, oft handelt es sich um Nachlässe und Erbschaften. Die finanzielle Leistungsfähigkeit und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder ist begrenzt; man hat es hier nicht mit gutverdienenden Ärzten oder Unternehmern zu tun. Spenden bewegen sich zumeist in überschaubaren Größenordnungen. Seit ihren Wahlerfolgen auf Kommunal- und Landesebene erhält die Partei allerdings öffentliche Zuwendungen, die teils aus der staatlichen Parteienfinanzierung, teils aus Fraktions- und Sitzungsgeldern stammen. 2005 und 2006 betrug die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung jeweils rund 1,3 Millionen Euro.⁴ Sie sind allerdings in doppelter Hinsicht nicht ohne Risiko: Zum Teil werden sie als Wahlkampfkostenzuschüsse gewährt, wobei sich deren Höhe aus den bei der vorhergehenden Wahl erreichten Stimmanteilen bestimmt. Erleidet die Partei beim Wahlergebnis Rückschläge, hat sie fast automatisch ein Problem, denn im Regelfall wird sie die ihr zugeflossenen Mittel bereits ausgegeben haben. Sie kann dann durch die Bundestagsverwaltung zu Rückzahlungen veranlasst werden. Zum zweiten sind die Parteien verpflichtet, dem Bundestag jährliche Rechenschaftsberichte über ihre Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Man darf davon ausgehen, dass sie gerade bei einer Partei wie der NPD sehr genau geprüft werden. Wegen Nachlässigkeiten beim Umgang mit Spendenbescheinigungen sah sich die NPD bereits Ende 2006 mit einer Rückforderung in Höhe von 870.000 Euro konfrontiert. Dagegen rief die Partei in der Dezember-Ausgabe der *Deutschen Stimme* zu Spenden auf. Wenn jeder NPD-Kamerad 100 Euro gebe, so die Parteiführung, könne die Krise abgewendet werden. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt: Bis zum Jahreswechsel habe, so der Parteivorsitzende, die Aktion gut 100.000 Euro erbracht.⁵ Die finanziellen

Spielräume der NPD bleiben also angesichts begrenzter Eigenmittel gering. Vor allem wird sie sich eine Erweiterung eines personalkostenintensiven hauptamtlichen Apparates nicht leisten können⁶.

Die Zahl der Mitglieder und auch ihr – bei Rechtsextremisten übliches – Schwanken unter Einschluss der jüngeren Zugewinne geben keinen zuverlässigen Aufschluss über Aktionspotenzial, geistig-politische Fähigkeiten und Entwicklungstrends der NPD mehr. Die Partei hat sich einerseits ein Umfeld geschaffen, das über ihre eigenen Mitglieder hinausreicht (Bündnispartner), sie hat es andererseits vermocht, sich einen Stamm zumeist jüngerer, ideologisch gefährlich hoch motivierter Aktivistinnen, also Kader, zuzulegen. Für den aus dem Linksextremismus stammenden Kaderbegriff verwenden Rechtsextremisten die Bezeichnung „politische Soldaten“. Solche Funktionäre haben ihr Leben der Politik geweiht, opfern dafür Karrierechancen, Wohlstand, soziale Kontakte, unter Umständen Gesundheit. Das Private ist für sie politisch: Entweder es passt sich der nationalen Sendung an oder es existiert nicht. Ein solcher Kader ist bis auf die Partei und bis auf die Sache, der er – in der Vorstellungswelt von Rechtsextremisten – „dient“, weitgehend bindungslos, und zwar sowohl im sozialen und ethischen wie auch im wohnungstechnischen Sinne: Die NPD verfügt über einen festen Stamm von Kadern, die überall dort hingehen, wo die Partei sie einsetzt.

NPD-Parteisoldaten oder Kader sind relativ jung, wie eine Durchsicht des aktuellen Parteivorstandes belegt. Von den dort aufgeführten 24 Personen sind zwölf vor 1965 geboren.⁷ Das bedeutet, dass rund die Hälfte der Parteiführung der NPD kaum vierzig Jahre alt ist: Ein derartig junges Profil können andere Parteien nicht bieten. Politisch signifikanter ist freilich etwas anderes: Gut ein Drittel dieser Kader weist einen erheblichen Vorlauf in der Neonazi-Szene auf. Der zeitweilige persönliche Referent des Parteivorsitzenden Udo Voigt, Thomas Wulff, ist dafür ein Beispiel mit besonders herausgehobener Funktion. Die Übernahme solcher zum Teil mehrfach vorbestrafter Kader in die Führungsspitze der NPD unterstreicht die Nazifizierung der Partei besonders deutlich.

Abgesehen von seiner Gewaltbereitschaft zeichnet sich der typische NPD-Kader durch seine ausgeprägte Neigung zu allgemein kriminellen Straftaten aus. Die Delinquenz äußert sich nicht nur in milieutypischen politischen Gesetzesübertretungen wie Volksverhetzung, Aufstachelung zum Angriffskrieg, Verwenden der Kennzeichen verfassungswidriger Organisa-

tionen oder Landfriedensbruch. Sie kontrastiert mit dem Versuch der NPD, sich als seriöser Partner anzudienen, der die angebliche Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ betreibt. Welcher Art diese Ordnung wäre, verdeutlichen die Vorstrafenregister namhafter NPD-Anhänger und Funktionäre:

- Stefan Köster, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, Landtagsabgeordneter: wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegen eine linke Gegendemonstrantin bei einer NPD-Veranstaltung Anfang 2007 zu einer Geldstrafe verurteilt;
- Jürgen Rieger, Mitarbeiter „Referat Außenpolitik“ im NPD-Bundesvorstand, langjährige Symbolfigur der neonationalsozialistischen Szene: 1974 und 2007 Geldstrafen wegen Körperverletzung, 1989 Bewährungsstrafe von einem Jahr wegen anwaltlichen Parteiverrats, 1994 Geldstrafe wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Parteien, 2002 Geldstrafe wegen Volksverhetzung;
- Manfred Börm, Mitglied im Bundesvorstand und Leiter des „Ordnungsdienstes“ der NPD: 1979 wegen Bankraub, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und Überfall auf ein Waffendepot der Bundeswehr im so genannten „Bückeburger Prozess“ sieben Jahre Freiheitsstrafe;
- Matthias Paul, ehemals Landtagsabgeordneter der NPD in Sachsen: von der Staatsanwaltschaft Dresden wurde am 10. Oktober 2007 Anklage erhoben wegen Verbreitung kinderpornografischer Schriften (Beginn des Ermittlungsverfahrens 2006).
- Winfried Petzold, Landesvorsitzender Sachsen und Landtagsabgeordneter: im Januar 2004 bei einem Ladendiebstahl ertappt, Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt;
- Frank Schwerdt, im NPD-Bundesvorstand „Amtsleiter Recht“ und Landesvorsitzender in Thüringen: u.a. 1998 neun Monate Freiheitsstrafe wegen Besitz von Schriften, die den Holocaust leugnen;
- Heino Förster, einst Kandidat der NPD zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: 1993 wegen versuchten Mordes zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt;
- Peter Borchert, 2001 zeitweilig NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein: diverse Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Erpressung und Volksverhetzung, zuletzt im April 2004 wegen illegalen Waffenhandels zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe.

Nach ihrem Selbstverständnis ist die NPD eine Gemeinschaft von „Kameraden“, deren hauptsächlicher Zweck darin besteht, der „nationalen

Sache“ zu dienen. Die kleine und gesellschaftlich noch immer weitgehend geächtete Partei steht unter gesellschaftlichem Außendruck; das begünstigt einerseits ihren inneren Zusammenhalt. Andererseits enthüllt ein Blick in die Realität der „Gemeinschaft von Kameraden“ eine eher unfriedliche Atmosphäre: Im Landesverband Hamburg der NPD (rund 250 Mitglieder) konnte der Neonationalsozialist und Rechtsanwalt Jürgen Rieger im Februar 2007 die erste weibliche NPD-Landesvorsitzende verdrängen. Der Machtkampf hatte durchaus einen ideologischen Hintergrund: Die Fraktion um die frühere Landesvorsitzende Andrea Z. lehnte den Bau einer Moschee im Hamburger Stadtteil Bergedorf ab, während die Gegenfraktion eine Bündnisoption mit den Islamisten offen zu halten wünschte. Im Verlauf des Streits sei Z., so berichtete die linksextremistische Konkurrenz genüsslich, auf einer Vorstandstagung als „tollwütige Hexe“, die man am liebsten an die Wand stellen würde, beschimpft worden.⁸ Bei einer späteren Versammlung hätten sich die Kontrahenten vorab darüber verständigt, „auf Anzeigen wegen Nichteinhaltung des gerichtlich verordneten Mindestabstandes bzw. auf körperliche Gewalt zu verzichten“.⁹

Ein Stück weit entspricht die Arbeitsatmosphäre innerhalb rechtsextremistischer Gruppierungen durchaus konsequent den inhumanen sozialdarwinistischen Überzeugungen ihrer Akteure: Auch die innerparteilichen Vorgänge werden als rücksichtslose Kämpfe um Macht verstanden; Persönlichkeit und Menschenwürde des Gegners und Konkurrenten werden nicht geachtet. Dabei zeigen rechtsextremistische Gruppen und Parteien typische Merkmale führerzentrierter Sekten. Weil über die inhaltliche Ausfüllung der Propagandaphrasen von der „nationalen Sache“ selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen existieren, die zudem zumeist mit persönlichen Karrierevorstellungen und Machtinteressen verbunden sind, konkurrieren selbsternannte kleine „Führer“ um die „richtige“ Exegese der Parteilinie. Unterlegene werden regelmäßig aus dem Zusammenhang gedrängt: Eine beachtliche Zahl von „Kameraden“, in älteren Parteipublikationen noch als „Kämpfer“ gewürdigt, verschwand fast über Nacht aus der Parteigeschichte, andere wurden als „Verräter“ zu Unpersonen stigmatisiert. Aussteiger, die ihre rechtsextremistischen Karrieren aufarbeiten und die internen Verhältnisse ihrer Gruppen kritisch reflektieren, müssen mit Verfolgung und Bedrohung rechnen. Solche Machtkämpfe produzieren reichlich Renegaten und Überläufer. Eine Vielzahl von Menschen hat nach mehr oder weniger langer Zeit der NPD den Rücken gekehrt und seine politischen Aktivitäten eingestellt oder irrlichtert durch die verschiedenen Sekten der rechtsextremistischen Subkultur.

3.2 DIE „DEUTSCHE VOLKSUNION“ (DVU)

Die DVU ist ein im deutschen Parteiensystem singuläres Phänomen: Sie „gehört“ in gewissem Sinne ihrem Initiator, Gründer und ersten und einzigen Bundesvorsitzenden, Dr. Gerhard Frey (Jahrgang 1933). Obgleich sie im Rechtsextremismus zu den mitgliederstärksten Formationen gehört, kommt sie weitgehend ohne Parteiapparat und ohne regionale Strukturen aus. Dies trug ihr den Ruf ein, eine „Phantompartei“ zu sein, die im Wesentlichen dazu diene, den Verkauf der publizistischen Produkte ihres Vorsitzenden zu unterstützen.¹⁰

Frey hatte die DVU im Januar 1971 als gewöhnlichen Verein gegründet, um die Anhängerschaft der damals in der Krise befindlichen NPD aufzufangen. Die DVU grenzte sich dabei von der „nationaldemokratischen“ NPD insoweit ab, als sie sich als „national-freiheitlich“ bezeichnete und zahlreiche Lippenbekenntnisse ihrer Verfassungstreue abgab, die allerdings von ihrer geschichtsrevisionistischen und xenophoben Agitation völlig entwertet werden. Sie beteiligte sich zunächst nicht an Wahlen; ihre hauptsächlichen Aktivitäten bestanden in jährlichen „Großveranstaltungen“ in Passau und in rechtsextremistischer Agitation, vorgetragen über die publizistischen Produkte aus dem Hause Frey. Erst 1987 gründete Frey die „Deutsche Volksunion-Liste D“ als Wahlpartei; die Mitglieder des Vereins wurden, sofern sie nicht widersprachen, in die Partei übernommen.¹¹ Im gleichen Jahr erzielte sie mit einem Sitz in der Bremischen Bürgerschaft auch den ersten Wahlerfolg auf Landesebene. Bei ihren Wahlkämpfen kompensierte sie das Fehlen eines einsatzbereiten Aktivistenstammes durch finanzielle Potenz, u.a. durch flächendeckende Hauswurfsendungen und aufwendige Plakatkampagnen. Die Mitglieder entfalten kaum Aktivitäten; ihre Zahl schwankt stark. Der Bestand von ursprünglich 4.000 Mitgliedern 1971 wuchs bis zu einem Höchststand von 26.000 in den Jahren 1992/93. Er lag Ende 2006 mit fallender Tendenz bei 8.500. Ähnlich volatil gestalteten sich Wahlbeteiligungen und Stimmanteile. Bisweilen scheiterte die DVU trotz scheinbar günstiger Ausgangsbedingungen und erheblicher finanzieller Aufwendungen völlig, andererseits erreichte sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 ein Spitzenenergebnis von 12,9 Prozent (sechzehn Abgeordnete) und konnte 1999 und 2004 in den Landtag von Brandenburg einziehen. Diese Elemente sprechen für eine Partei, die hauptsächlich in der Lage ist, vorübergehende Proteststimmungen „abzuschöpfen“.

Formal verfügt die DVU über eine Satzung, einen Bundesvorstand, Landesverbände mit entsprechenden Vorständen und Kreisverbände, letztere allerdings in unklarer, keinesfalls flächendeckender Form. Gleichwohl dürften diese Institute zur Bewertung der tatsächlichen Organisationskraft der Partei allenfalls eine nachgeordnete Rolle spielen. Die Möglichkeiten der DVU, sich in den politischen Prozess einzubringen, hängen offensichtlich hauptsächlich davon ab, wie viel Geld der Vorsitzende Frey in die Partei investiert. Als Miterbe einer Warenhauskette verfügt er über ein enormes Privatvermögen, das u.a. in erheblichem Immobilienbesitz angelegt ist. Es gibt Schätzungen von über rund 250 Millionen Euro¹², diese Angaben sind allerdings ungesichert und daher nicht unbedingt für die politische Auseinandersetzung geeignet. Sie beschreiben aber die Größenordnung. Einen Teil dieses Vermögens hat Frey in seinen „Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH“ (FZ-Verlag) investiert, in dem u.a. neben zahlreichen Büchern vor allem zu einschlägigen historischen Themen die *National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung* (NZ) mit einer wöchentlichen Auflage von 40.000 Exemplaren erscheint.

Dennoch ist die DVU nicht nur Marketing-Agentur für das Verlagshaus. Unbestreitbar verfolgt Gerhard Frey originär politische Ziele, die in seinen verlegerischen und parteipolitischen Aktivitäten auch hinreichend deutlich zum Ausdruck kommen. Er hat andererseits niemals die Gesamtsumme seines Vermögens in seine politischen Ambitionen investiert, sondern weiß offensichtlich dessen Substanz zu wahren. Allerdings hat er in zweistelliger Millionenhöhe Schulden der DVU als Darlehensgeber abgedeckt. Dies sichert ihm zwar einen dominierenden Einfluss in der Partei, war aber andererseits wirtschaftlich riskant, denn er musste die Uneinbringlichkeit dieser Forderungen zweifellos in Betracht ziehen.

Aus der dominierenden Stellung Freys resultieren auch andere Eigenheiten der DVU: Sie verfügt über keinen nennenswerten organisatorischen Unterbau und auch nicht über ein entwickeltes Parteileben. Die wesentlichen Richtungsbestimmungen nimmt Frey von München aus per Fax vor.¹³ Zwar war dieses Prozedere wiederholt Gegenstand von innerparteilicher Kritik, gegen die Dominanz der Münchener Zentrale konnte sie sich aber nie durchsetzen.

Bei den Funktionsträgern der DVU handelt es sich zumeist um Personen aus der mittleren und älteren Generation, junge Menschen sind kaum darunter. Die wenigsten von ihnen – unter Einschluss der Parlamentarier –

hatten vor ihrer Mitgliedschaft in der DVU politische Erfahrungen. Nach außen treten die wenigen Funktionäre betont bürgerlich und Seriosität erheischend auf; zumeist stammen sie aus Schichten des unteren Bürgertums. Praktisch allen ist gemeinsam, dass sie irgendein Integrationsproblem mit der Gesellschaft haben. Dies muss nicht genuin politischer Natur sein; Abstiegs- und Deklassierungsängste mischen sich offensichtlich mit Erfahrungen persönlichen wirtschaftlichen Scheiterns.

3.3 NEONATIONALSOZIALISTISCHE „KAMERADSCHAFTEN“ UND „FREIE KRÄFTE“

Die neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ sind eine relativ neue und für den Rechtsextremismus eher untypische Organisationsform. Sie entstanden seit Mitte der 1990er Jahre als Reaktion auf behördliche Verbote von offen nationalsozialistischen Vereinigungen. Mit zellenartigen, aber möglichst weitgehend vernetzten Gruppen von 10 bis 25 Personen, ohne formelle Mitgliedschaft, Satzung, Vorstand und somit ohne juristisch fassbare Struktur, widersprechen die „Kameradschaften“ in gewissem Sinne der an Größe, Macht und Hierarchie orientierten Tradition des Rechtsextremismus. Kenner der Szene gehen von bundesweit rund 200 Kameradschaftsstrukturen aus.¹⁴ Die „Kameradschaften“ agitieren bevorzugt mit sozialrevolutionären Themen – allerdings natürlich in der Tradition des Strasser-Flügels der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und der Nationalbolschewisten.

Die „Kameradschaften“ haben sich für die Neonazis als ideales Instrument einer kulturrevolutionären Subversion in die Gesellschaft hinein erwiesen. Diese Feststellung gilt allerdings bei weitem nicht für die gesamte Bundesrepublik, sondern allenfalls für den ländlichen Raum und hier nochmals bevorzugt für die neuen Bundesländer. Sie haben sich beispielweise in Mecklenburg-Vorpommern eine entwickelte Bündnisstruktur zugelegt, zusammengesetzt aus überregional tätigen Vereinen, die auf Landesebene Dachverbandsfunktionen übernehmen.¹⁵ Einzelne „Kameradschaften“ ihrerseits unterhalten „kulturelle“ Vorfeldorganisationen und Gratiszeitungen, die ihre Anliegen in scheinbar unverdächtiger Form an den Bürger bringen. Beispiele dafür sind in Mecklenburg-Vorpommern der flächendeckend auf Rügen verteilte *Insel-Bote* einer „Initiative für Volksaufklärung e.V.“ oder die *Stimme der Heimat* des „Heimattambundes Pommern“. Solche Blätter, die dem „lieben Leser, deutsche Jungen und Mädels“ erklären, was ein „lebensrichtiges Menschenbild“ ist

(„Das höchste Ordnungsprinzip der Natur innerhalb der menschlichen Art ist das Volk“) und sich über den Begriff Rasse auslassen. „Rasse: Eine Rasse ist eine Gruppe von Menschen einheitlichen und beständigen Erb-gutes“.16 Nicht sehr erstaunlich, dass die Titelseite mit Fahnen schwin-gendem Jungvolk im Emblem klassischer NS-Ästhetik entspricht.

Der ungeschminkte Bezug auf den Nationalsozialismus kontrastiert neuerdings mit einem gewandelten Auftreten und Erscheinungsbild. Die „wachsende Dominanz der ideologisch gefestigten Neonaziszene“17 inner-halb des unorganisierten Rechtsextremismus geht einher mit Akzeptanz-suche bei der Bevölkerung: Glatzen, Springerstiefel, Gewalt und Alkohol-exzesse sind out; ordentlicher Kurzhaarschnitt, karierte Hemden, höfli-ches Auftreten und Hilfsbereitschaft in „öffentlichen Belangen“ sind an ihre Stelle getreten. Das Konzept ist offensichtlich erfolgreich: „Vor allem in ländlich geprägten Gebieten gewinnen Kameradschaften zunehmend an Akzeptanz. In einigen Regionen stellen sie bereits einen Teil des öf-fentlichen Lebens dar.“18 Die veränderte Taktik führt auch dazu, dass die rechte Szene weniger polizeiauffällig erscheint als bisher. Zugleich gibt es einen Trend, die Strukturen noch weiter aufzulockern: Frühere Angehöri-ge der „Kameradschaften“ treten nun nicht mehr unter diesem „Label“ auf, sondern firmieren als „Freie Kräfte“ oder „Freie Nationalisten“. In Sachsen macht dies schon ein Drittel der früheren neonazistischen Kame-radschaftsszene aus.19 Zwar beeinträchtigt diese Tendenz den Zusam-menhalt der ohnehin nicht homogenen Szene. Sie bedeutet aber auch, dass Rechtsextremismus schwerer fassbar wird, stärker subkutan wirkt und daher Gegenmaßnahmen zunehmend stärker von Einschätzungen durch ortskundige Spezialisten abhängig sind.

3.4 BEWERTUNG DES POTENZIALS DER „VOLKSFRONT VON RECHTS“

3.4.1 Organisatorische Kapazität

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Deutschland umfasst – unter Einschluss der „Republikaner“ – rund 38.600 Anhänger.

Zur „Volksfront von rechts“ zählen 7.000 NPD-Mitglieder, die Mehrzahl von 4.200 Neonationalsozialisten, schließlich die mit sinkender Tendenz noch 8.500 DVU-Mitglieder, die aber, wie erwähnt, eher reine Zählgrößen sind. Berücksichtigt man, dass zahlreiche Neonazis inzwischen zugleich

NPD-Mitglieder sind und auch Doppelmitgliedschaften NPD/DVU existie-ren, so hat man es mit einem Potenzial von bundesweit etwa 17.000 Menschen zu tun. Politisch sichtbar wird eine solche Zahl nur dort, wo Rechtsextremisten Schwerpunkte bilden konnten, z.B. in Sachsen mit 1.000 Mitgliedern der NPD und rund 900 Anhängern von „Kameradschaf-ten“ und „Freien Kräften“20, hier wiederum Doppelmitgliedschaften nicht berücksichtigt.

Die Aufmerksamkeit der Presse richtet sich auf Regionen, in denen Rechtsextremisten besonders stark sind. Aber entgegen manchen ab-sichtsvollen Ausmalungen wird selbst im Umfeld von NPD-„Hochburgen“ wie Pirna, Sebnitz oder Königstein (alles Sächsische Schweiz) die Straße nicht von marschierenden NPD-Kolonnen beherrscht. Im Gegenteil: Trotz Schwerpunktbildung ist die NPD auch dort so marginal, dass man keine Anlaufstellen der Partei in Gestalt von Geschäftsstellen der Partei oder den viel berufenen „Bürgerbüros“ ausfindig machen kann.

In Mecklenburg-Vorpommern gelang es der NPD während des Landtags-wahlkampfes 2006, durch massive Plakatierungsaktionen vor allem außerhalb der wenigen Großstädte den optischen Eindruck massiver Präsenz zu erwecken. Allerdings war dies das Ergebnis einer großange-legten Aktion, zu der Personal aus Sachsen und aus den alten Bundeslän-dern herbeigeschafft wurde und die im Etat der Partei nach eigenen An-gaben mit 40.000 Euro zu Buche schlug.

Für die politische Wirksamkeit einer Partei ist u.a. die Anzahl ihrer Kader entscheidend, die ihr für politische Arbeit, möglichst hauptamtlich, zur Verfügung stehen. Extremistische Parteien haben hier traditionell einen Vorteil gegenüber bürgerlich-demokratischen Parteien, da sich ihre An-hängerschaft in größerem Umfang aus Fanatikern rekrutiert, die ihrer politischen Mission auch Beruf und Privatleben unterordnen. Trotzdem bleiben die Möglichkeiten der NPD beschränkt. Sie hat ihre Kräfte in den neuen Bundesländern konzentriert und verschiebt disponible Kader von West nach Ost, weil die Kaderdecke extrem dünn ist. Unter Einschluss der im Umfeld der Landtagsfraktionen angestellten Personen und der „Ehrenamtlichen“ (größtenteils Arbeitslose und Rentner) kommt man für die NPD günstigenfalls auf rund siebzig Personen. Damit ist über deren intellektuelle Qualität noch nichts ausgesagt.

3.4.2 Wahlerfolge/Wählerpotenzial

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus wird überwiegend durch zwei Faktoren bestimmt: durch spektakuläre Gewalttaten gegen Einzelpersonen einerseits und durch Aufsehen erregende Wahlergebnisse andererseits. Erfolge bei Landtagswahlen gelangen zuerst der DVU. Sie erwiesen sich aber als instabil, weil ihre Fraktionen meist in kürzester Zeit zerfielen. Die NPD konnte ihre Ergebnisse mit der Bundestagswahl 2005 verbessern. Sie erzielte bundesweit mit 748.568 Zweitstimmen 1,6 Prozent. Dabei lag ihr Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern bei 1,1 Prozent, in den neuen aber bei 3,6 Prozent. Die Verteilung war – wie in den alten Bundesländern – auch in den neuen nicht gleichmäßig. In Sachsen fuhr die NPD 4,8 Prozent ein, in Thüringen 3,7 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent. Insofern kam der Einzug in die Landtage von Sachsen (19. September 2004 mit 9,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006 mit 7,3 Prozent) nicht wirklich überraschend. Eher schon hat das Ausmaß der rechtsextremistischen Stimmanteile schockiert. Allerdings ist der Schock zu relativieren: Die beiden kleinen Bundesländer sind mit spezifischen transformationsbedingten, die NPD begünstigenden „Gelegenheitsstrukturen“ belastet. Man kann daher den Erfolg der NPD bei den beiden Landtagswahlen keinesfalls auf die bundesweite Situation hochrechnen. Andererseits sind sie insoweit beunruhigend, als die Stimmen nicht für eine scheinseriöse („Republikaner“) bzw. um ein „bürgerliches“ Ambiente zumindest vordergründig bemühte Partei (DVU) abgegeben wurden, sondern für eine Gruppierung, die offen neonationalsozialistisch auftrat und den Institutionen und Grundwerten der Demokratie insgesamt den offenen Kampf angesagt hatte.

Betrachtet man die Wählermotivation, so fällt auf, dass die NPD keinen auf ihre Kandidaten zugeschnittenen Persönlichkeitswahlkampf geführt hatte. Diese Botschaft war angekommen. Die Motivation der Wähler, ihre Stimme für die NPD abzugeben, bezog sich auf die von der Partei thematisierten Politikfelder, und nicht viel anders stellen sich die Werte für die Wiederwahl der DVU in den Landtag des Landes Brandenburg dar:

	DVU Brandenburg 2004	NPD Sachsen 2004	NPD Mecklenburg-Vorpommern 2006
Arbeitsmarktpolitik	50%	57%	39%
Soziale Gerechtigkeit	28%	28%	34%
Wirtschaftspolitik	30%	26%	22%
Ausländerpolitik	31%	38%	40%

Quelle: Infratest dimap: Landtagswahl in Brandenburg am 19. September 2004. – S. 45; Landtagwahl in Sachsen am 19. September 2004. – S. 45; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006. – S. 45.

Es scheint plausibel, dass sich die Wähler durch die von der NPD in den Vordergrund gestellten Themen mindestens emotional angesprochen fühlten. Dazu ist keine dezidierte Zustimmung zur NPD an sich erforderlich: Die ursprünglich von links akzentuierte und von der NPD nur gewendete Kritik an Globalisierung und Arbeitsmarktpolitik beispielsweise kann auf den ersten Blick plausibel erscheinen.

Gegen die Annahme eines ideologisch gefestigten und mit Argumenten nicht mehr erreichbaren rechtsextremistischen Elektorats spricht im Übrigen auch die Herkunft der NPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Sachsen (19. September 2004) stammten rund 40 Prozent der NPD-Stimmen von bisherigen Nichtwählern, 17 Prozent von Jung- und Erstwählern. Fast 25 Prozent waren frühere CDU-Wähler; sechs Prozent frühere PDS-Wähler, rund zwei Prozent frühere SPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006) bezog die NPD 21 Prozent aus dem Fundus der Nichtwähler, 13 Prozent aus Jung- und Erstwählern, 23 Prozent aus früheren CDU-, 13 Prozent aus früheren SPD- und acht Prozent aus früheren PDS-Wählern. Insofern die NPD als Zielgruppe auf junge Leute gesetzt hatte, ging ihre Rechnung auf: Unter den Jung- und Erstwählern erreichte sie in Sachsen einen Stimmenanteil von 21 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch von 17 Prozent. Auch in dieser jungen Alterskohorte war sie bei männlichen erfolgreicher als bei weiblichen Wählern.

Der Anteil an Jungwählern in diesen Bundesländern alarmiert. Zwar kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass sich bei einer ersten

Stimmabgabe bereits ein Stammwählerverhalten ausbildet, aber es besteht Handlungsbedarf, damit nicht eine neonationalsozialistische Partei bei Teilen der jungen Generation dauerhafte Akzeptanz erlangt.

Anders stellt sich die Situation in Berlin dar. Bei den dortigen Wahlen konnte die NPD in die Bezirksvertretungen von Lichtenberg-Hohenschönhausen, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf jeweils in Fraktionsstärke einziehen, in die Vertretung des Bezirks Neukölln, einem sozialen Brennpunkt im früheren Westteil der Stadt, entsandte sie zwei Vertreter. Von Interesse ist hierbei, dass die drei östlichen Bezirke besonders stark durch ehemalige DDR-Eliten bewohnt werden und insofern von typisch stalinistischer Sozialisation eines relevanten Teils ihrer Bewohner geprägt sind; in Lichtenberg befand sich die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Hier lagen die hauptsächlichen Wahlerfolge in jenen Plattenbausiedlungen, die überwiegend von niedrigen Chargen des SED-Regimes bewohnt werden.

3.4.3 „GELEGENHEITSSTRUKTUREN“ FÜR RECHTS- EXTREMISTISCHE POLITIK

Um den Wählerzuspruch in dauerhaften politischen Einfluss zu verwandeln, muss erstens ein politisches und personelles Angebot vorhanden sein, zweitens eine Nachfrage existieren und drittens müssen die Rahmenbedingungen für rechtsextremistische Erfolge – so genannte „Gelegenheitsstrukturen“ – vorhanden sein. Sie sind offensichtlich derzeit nicht in allen Bundesländern gleichermaßen gegeben.

- Das neonazistisch-rechtsextremistische Politikangebot wird nicht mehr überall spontan und moralisch begründet abgelehnt. Während im Westen zumindest die Ächtung antisemitisch und neonationalsozialistischer Bestrebungen weiterhin zum gesellschaftlichen Konsens gehört, ist dies in den neuen Bundesländern nicht in gleichem Maße der Fall. Die Vermittlung demokratischer Werte und eines entsprechenden Geschichtsbildes war hier offenbar nicht durchgängig erfolgreich.
- Es gibt in den neuen Bundesländern mentale Prägungen aus der SED-Diktatur, die Gelegenheitsstrukturen für rechtsextremistische Politik begünstigen. Dazu zählen ein verbreitetes Bedürfnis nach patriarchalischer, obrigkeitlich gesteuerter Sozialversorgung, die stärkere Präferenz für kollektivistische und egalitäre Werte, schließlich auch größere Skepsis gegenüber liberalen und marktwirtschaftlichen Ideen.

- Die Strukturen demokratischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Institutionen sind außerhalb der Städte im Osten schwach ausgeprägt. Das schafft Raum für rechtsextremistische Angebote, die zunächst als „zivilgesellschaftliche“ Dienstleistungen einher kommen, aber stets politisch-extremistisch unterlegt sind.
- Generell schaffen auch die Verunsicherung durch raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandel, technologischer Fortschritt und die Komplexität und Undurchschaubarkeit transnationaler Politik- und Wirtschaftsbeziehungen („Globalisierung“) Gelegenheitsstrukturen für populistische Agitatoren, darunter eben auch Rechtsextremisten.
- Die thematische, generationelle und moralische (Bankrott des realen Sozialismus) Erschöpfung spezifisch linker sozialer Bewegungen („Frieden“, Umwelt, Soziales) bzw. ihre weitgehende Überleitung in die Strukturen formal verfasster Parteien hat die Revitalisierung des herrenlos gewordenen Modells „soziale Bewegung“ durch die politische Konkurrenz begünstigt. Abgekupfert werden dabei strategische Konzepte, Taktiken und Aktionsformen, aber auch Themen und eingeschlifene Vorurteilsstrukturen bis hin zur wörtlichen, lediglich in einen anderen ideologischen Kontext gesetzten Übernahme von Parolen.

Es genügt demnach nicht, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus die politischen Angebote, die Aktionen und das Personal der Rechtsextremisten ins Visier zu nehmen. Auch die Veränderung der Gelegenheitsstrukturen kann ein Schlüssel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sein.

- 1| *Demnach wird die NPD 2009 bei der Bundestagswahl, die DVU bei der Wahl zum Europaparlament antreten. Bei den Landtagswahlen wird die DVU in Sachsen-Anhalt, Hamburg, Thüringen und Brandenburg antreten, die NPD in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Insbesondere die Regelung zu den Landtagswahlen begünstigt die DVU.*
- 2| *Die aus mehreren Quellen geschöpfte Zahl bei Beier, Katharina u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. – Greifswald: Steinbecker Verlag, 2006. – S. 24.*
- 3| *Homepage der NPD [14.11.2007]. In Niedersachsen existieren parallel zu den Kreisverbänden auch „Unterbezirke“, die nicht weiter untergliedert sind.*
- 4| *Angaben aus den Innenministerien der Länder und des Bundes. Vgl. Peter, Joachim: Rechtsextremen Parteien droht Finanzkollaps. In: Die Welt, 16.05.2007.*
- 5| *So das NPD-Zentralorgan „Deutsche Stimme“, 02/2007. Dass die „Erfolgsmeldung“ erst im Februar abgegeben wurde, deutet darauf hin, dass die Partei keinen nennenswerten weiteren Aufwuchs des Spendenstocks mehr registriert hat und auch nicht mehr erwartet.*

- 6| Nach Presseberichten soll der Schatzmeister der NPD ca. 600.000 € unterschlagen haben. Vgl. NPD Schatzmeister muss hinter Gitter, Spiegel-Online, 08.02.2008
- 7| Stand der Angaben auf der Homepage der NPD Dezember 2006 [14.11.2007].
- 8| So die neostalinistische Tageszeitung „Junge Welt“ vom 10.01.2007.
- 9| Vgl. Sager, Tomas: „Der Zwist in der Hamburger NPD hat Konsequenzen weit über die Hansestadt hinaus.“ In: Blick nach rechts, 04/2007. – <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2007/ausgabe042007/todfeindparteifreund/>. „Blick nach rechts“ ist ein SPD-naher, sehr kundiger und zuverlässig berichtender Informationsdienst.
- 10| Dabei handelt es sich derzeit vor allem um die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit einer Auflage von rund 40.000 Exemplaren im Jahr 2005. Ursprünglich vertrieb Freys Verlagshaus noch den „Deutschen Anzeiger“, in den 1970er Jahren war allein die DNZ auf eine wöchentliche Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren gekommen.
- 11| Der Zusatz „Liste D“ verschwand 1991; die Parallelität von Partei und Verein existiert bis heute fort.
- 12| http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Frey [08.03.2007].
- 13| Soweit ziemlich übereinstimmend die bisherigen Veröffentlichungen zur DVU z.B. bei Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. – 3. Aufl. – München: C. H. Beck, 2001. – S. 13.
- 14| Fischer, Benjamin: „Ueckermünde – ein Refugium des Rechtsextremismus?“ In: Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere Universität Greifswald, (2006) 2, S. 16.
- 15| Es handelt sich um das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“; unterhalb dieser Struktur agieren in den Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern die „Mecklenburgische Aktionsfront“ und das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“. Letzteres hieß bis 2005 „Pommersche Aktionsfront“. Der Name schien dem neuen reputierlichen Image der Neonazis nicht mehr angemessen (Vgl. Beier u.a.: Die NPD. – S. 33-35).
- 16| In: Die Stimme der Heimat. Zeitung des Heimatbundes Pommern, (2006) 1.
- 17| Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern: Verfassungsschutzbericht 2005. – Schwerin: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, 2006. – S. 31.
- 18| Diese Einschätzung stammt nicht von Journalisten, die gerne zur Beschwörung der „rechten Gefahr“ neigen, sondern vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Rechtsextremistische Jugendszene im Freistaat Sachsen. – Dresden, April 2006. – S. 5.
- 19| Ebd., S. 4.
- 20| Für das erste Halbjahr 2006 gibt der sächsische Verfassungsschutz 3.230 Rechtsextremisten im Freistaat an. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sei Sachsen damit bundesweit führend („Entwicklungstendenzen im Extremismus im Freistaat Sachsen im 1. Halbjahr 2006.“ – www.sachsen.de/de/verwaltung/verfassungsschutz). Nur rund ein Drittel der „Freien Kräfte“ sei neonazistisch geprägt, die übrigen subkulturell, also der Skinhead-Szene zuzurechnen. Damit gehören sie allerdings zweifellos auch zum Rechtsextremismpotenzial.

4. STRATEGIE UND TAKTIK DES „MODERNISIERTEN“ RECHTS-EXTREMISMUS

4.1 RECHTSEXTREMISTISCHES POLITIK-VERSTÄNDNIS: POLITISCHE FRAGEN SIND MACHTFRAGEN

Die NPD versteht sich als „revolutionäre Partei“, ebenso sehen sich die neonationalsozialistischen „Kameradschaften“. Die Rhetorik beider Gruppen ist gesättigt mit Begriffen wie „Kampf“ und „nationaler Widerstand“, getränkt von der Vorstellung, dass die Übernahme der Macht durch die „nationale Opposition“ und nicht etwa nur ihre Beteiligung am „System“ das Ziel seien. Für Rechtsextremisten ist Politik nicht Kompromiss, nicht Ausgleich und nicht Diskurs. Kampf um politische Macht wird in militarisierten Kategorien begriffen.

Soweit die Rechtsextremisten heute ihren Arbeitsschwerpunkt in den neuen Bundesländern sehen, können sie damit wiederum an Prägungen aus SED-Zeiten anknüpfen. Auch für Kommunisten war der Sieg im Kampf um die vollständige Macht entscheidend für den als grundlegenden Bruch verstandenen Übergang in eine neue historische Epoche. Bei Lenin lautete die Kernfrage des Politischen: Wer beherrscht wen?

4.2 GRUNDKONZEPTIONEN UND PROBLEME DER „VOLKSFRONT VON RECHTS“

Für den Erfolg oder Misserfolg der NPD und ihrer Bündnispartner entscheidender als die Programmatik dürfte die „Modernisierung“ von strategischem und taktischem Vorgehen sein. „Modernisierung“ soll dabei in erster Linie verstanden werden als Übernahme zeitgemäßer, an politischem Marketing, Medienwirkung und an Zielgruppenorientierung ausgerichtetem Handeln. Seit 1997 verfügt die NPD dazu über das so genannte „Drei-Säulen-Konzept“, das die verschiedenen „Kampffelder“ mit ihren sehr widersprüchlichen Anforderungen harmonisieren soll. „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“ und „Kampf um die Parlamente“ wurde 2004 durch eine vierte Säule „Kampf um den organisierten Willen“, also um die Bündnispolitik der NPD („Volksfront von rechts“), erweitert.

4.2.1 „Kampf um die Köpfe“

Gemessen am bekannten geistigen Niveau des Rechtsextremismus ist die Proklamation eines „Kampfes um die Köpfe“ an sich schon ambitioniert. Kommunisten hätten diese Säule des strategischen Konzepts „ideologischen Kampf“ genannt. Bei der NPD ist er durch die Theorien des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci (1891 bis 1937) inspiriert. Gramsci erklärte, es genüge nicht, die politischen Institutionen zu erobern. Revolutionäre müssten vielmehr zuvor ihre Ideen innerhalb von Bildung, Medien, Sinnvermittlungsagenturen und geistigen Eliten zur „kulturellen Hegemonie“ führen und damit die Wertebasis der bürgerlichen Gesellschaft zerstören. Ende der 1980er Jahre fanden solche Konzepte über die Arbeiten des Franzosen Alain de Benoist Eingang in rechtsextremistische Strategiedebatten. Die NPD nimmt sie in bescheidener Form auf. Sie will ihre Ideen über eine „Einbindung von Persönlichkeiten“ und „intellektuelle Netzwerke“ in neuen Zielgruppen wie „desillusionierten Umweltaktivisten“ oder „linken Idealisten“ verankern. Auch Marxisten-Leninisten könnten wertvolle Mitkämpfer werden, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begriffen, heißt es im Strategiepapier der NPD von 1997 zu den „drei Säulen“. Angesichts ihrer Mitgliederbasis sind die Kapazitäten der NPD zu komplexen ideologischen Auseinandersetzungen jedoch begrenzt, auch wenn man mit nahezu allen Beobachtern feststellt, dass das Niveau der ideologischen Schriften und der rechtsextremen Publizistik in den letzten Jahren zugenommen hat.

Wirksamer und gefährlicher könnte der „Kampf um die Köpfe“ auf dem Gebiet des subkutanen, allmählichen Einsickerns rechtsextremer Ideen, Wahrnehmungsmuster und Sprachcodes sein. Für solche mentalen Prägnungen ist nicht erforderlich, dass die Zielgruppen das Konzept der „Volksgemeinschaft“ voll umfänglich verstanden haben und akzeptieren. Für die emotionale Übernahme rechtsextremer Ressentiments bieten sich besonders Jugendliche an, die teils mit populistischen Parolen, teils mit Freizeitevents oder Musik gewonnen werden.

4.2.2 „Kampf um die Straße“

Auf öffentliche Wahrnehmung scheint auf den ersten Blick auch der „Kampf um die Straße“ zu zielen. Das hat aus der Sicht von Rechtsextremisten nachvollziehbare Gründe: Neonazistische und antisemitische Aktivitäten treffen in Deutschland auf eine strafbewehrte Missbilligung. Die Möglichkeiten von Rechtsextremisten, solche politischen Inhalte öffentlich vorzuleben, waren daher eher gering. Der breite gesellschaftliche Grundkonsens gegen Rechtsextremismus hatte dazu geführt, dass öffentliche Auftritte selbst von traditionellen, manchmal auch schon von mutmaßlichen Rechtsextremisten praktisch nie ohne Gegenkundgebungen stattfinden konnten. Zumindest im ländlichen Raum Ostdeutschlands haben sich diese Kräfteverhältnisse heute nachhaltig verändert. „Kampf um die Straße“ zielt allerdings nicht in erster Linie auf die Wahrnehmung des Grundrechtes der Versammlungsfreiheit, das auch Rechtsextremisten zusteht. Es geht ihnen nicht nur um Argumente und das Werben für Programme und Meinungen, sondern um Reklamation von Machtansprüchen und um Einschüchterung von Gegnern sowie um deren Ausschluss aus dem öffentlichen Raum. „Kampf um die Straße“ ist gerade bei Neonationalsozialisten auch immer im Sinne des Horst-Wessel-Liedes das Programm „Die Straße frei den braunen Bataillonen“. Nur vordergründig versammeln sich solche Rechtsextremisten „friedlich und ohne Waffen“ (Art. 8 Abs. 1 GG). Tatsächlich stehen ihre Manifestationen trotz aller mühsam taktisch eingeübten Disziplin in einer „Aura der Gewalt“.

4.2.3 „Kampf um die Parlamente“

Die dritte Säule ist für eine Partei, die fortgesetzt Parlamente und Parlamentarismus als „volksgemeinschaftsschädigenden“ Pluralismus diffamiert,¹ von nachgeordneter Bedeutung. „Unsere Partei versteht sich als Kampf- und Sammelbewegung aller nationalen Kräfte, sie ist kein Wahl-

verein".² Andererseits haben sich Wahlbeteiligungen in den neuen Bundesländern in mehrfacher Hinsicht als erfolgreich erwiesen: Sie stützen den Anspruch der NPD, beim Bürger als akzeptanzfähige Partei wahrgenommen zu werden, verschaffen – zu Provokationszwecken – ein Presseecho, stellen Übungsfelder für Kader und finanzielle Ressourcen für den Apparat bereit. Die Teilnahme an Wahlen reduziere auch, so das Strategiepapier zu den drei Säulen schon 1997, „rechtswidrige Behinderungspolitik wegen sonst drohender Wahlanfechtung“. Soweit haben Wahlbeteiligungen für das Bündnis an Bedeutung gewonnen, obwohl sie eher dem Modus operandi der schwächelnden DVU entsprechen und von den aktivistischen „Kameradschaften“ mit Misstrauen beäugt werden. Wiederrum hat die NPD als Scharnier des rechtsextremistischen Bündnisses die Aufgabe, diese strategische Säule beiden Partnern zu vermitteln.

Mit den Wahlergebnissen ist allerdings nicht etwa eine „Parlamentarisierung“ der NPD eingetreten. Das Verhältnis der NPD zu demokratischen Institutionen ist nicht etwa ambivalent. Es ist so unversöhnlich feindlich, dass eine „reformistische“ Entwicklung ebenso wenig zu erwarten ist wie bei der NSDAP. Die NPD sitzt in Parlamenten und Kommunalvertretungen, um sie zu missbrauchen, nicht um an ihren Aufgaben konstruktiv mitzuwirken.

Am Rande erwähnenswert ist die Ergänzung der drei Säulen durch den „Kampf um den organisierten Willen“ 2004. Gemeint ist damit die Aufwertung des Bündnisses der „nationalen Opposition“ in den Rang einer strategischen Entscheidung. „Handeln wir künftig noch mehr gemeinsam, denn organisierter Wille bedeutet Macht“, mahnte der NPD-Vorsitzende nach dem Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern.³ Unfreiwillig deckt die Beschwörung des Bündnisses die inneren Widersprüche der Gesamtstrategie auf. Die aus taktischen Gründen zivilisierten, gleichwohl aber martialisch wirkenden Aufmärsche des „Kampfes um die Straße“ sind schwerlich geeignet, im bürgerlichen Spektrum Interessenten anzuziehen. Andererseits sind den „Kameradschaften“ die parlamentarischen Anstrengungen als Anpassung an das „System“ verdächtig.

4.3 TAKTISCHES AUFTRETEN

Die „Modernisierung“ des Rechtsextremismus äußert sich auch darin, dass er vermehrt öffentlich in Erscheinung tritt – in den Parlamenten ab Ende der 1980er Jahre, in der Kriminalstatistik ab Beginn der 1990er

Jahre durch gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer, Fremde und Schwächere⁴, im Straßenbild schließlich durch „Demonstrationen“ im wörtlichen Sinne: Rechtsextremisten lieferten der Sensationspresse Bilder zur Empörung, die zugleich – aus Sicht der Rechtsextremisten – werbend wirkten.

Die Taktiken des rechtsextremen Auftretens sind realitätsnäher, alltags-tauglicher und medientauglicher geworden. Sie bedienen sich propagandistischer Mittel, die auch anderwärts verwendet werden. Rechtsextremisten haben im Wettbewerb um Aufmerksamkeit Vorteile. Einer besteht darin, dass sie Rechtsextremisten sind – für die Auftritte von Bibelforschern interessiert sich niemand. Die Wirkung ihres Auftretens wird durch die Presse nochmals verstärkt. So gerät das Phänomen zu einer Größe, die es nicht verdient. Das alles ist anders als noch vor anderthalb Jahrzehnten, als Rechtsextremismus keine soziale Bewegung, sondern ein Hinterzimmer-Subkulturphänomen ohne gesellschaftliche Relevanz war.

Auf die neue Situation müssen Politik, Bildung und Gesellschaft reagieren. Die Behandlung des „modern“ argumentierenden, relativ realistisch wirkenden, in die Mitte der Bevölkerung zielenden, zu einer sozialen Bewegung zumindest in einigen Teilen der Republik geratenen Rechtsextremismus erfordert einen neuen Realismus. Man muss dem Phänomen argumentativ entgegentreten, ohne es aufzuwerten.

4.3.1 Politikstil: Übernahme linksextremistischer Agitation und Rhetorik

Die NPD ist nach ihrem äußeren Auftreten, ihrem politischen Stil und ihrer Agitation keine *antikommunistische* Partei mehr. Darin liegt der wohl radikalste Bruch mit der „alten NPD“ und deren Resten in den Parteistrukturen der alten Bundesländer. Der „nationale Sozialismus“ knüpft mental, sprachlich und auch thematisch an klassische linksextremistische Muster insbesondere realsozialistischer Ausrichtung an. Ziele und Wertekodex der revolutionären Marxisten werden jedoch nicht übernommen. Die sozialistische Vision tritt bei der NPD als Volksgemeinschaft auf – sie knüpft damit gerade nicht wie der klassische Sozialismus an die Ideen der europäischen Aufklärung an.

Die Übernahme linksextremistischer Stilelemente hat unter anderem auch taktische Gründe. Als im Landesverband Sachsen ein Arbeitskreis „Sozialismus in der NPD“ darüber hinausgehen wollte, wurde das Experiment 1999 „von oben“ beendet.⁵ Der wenig konsistente Charakter der NPD-Ideologie lässt aber weiterhin die Nutzung linksextremistischer Denk- und Deutungsmuster zu. Systematisch treten dabei hervor:

- eine diffuse Sozialismusvorstellung als konfliktfreie Vergemeinschaftung, bei Kommunisten als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“, die keine „antagonistischen Klassengegensätze“ mehr kennt, bei Rechtsextremisten als „Volksgemeinschaft“ auf ethnisch-rassistischer Grundlage,
- Akzeptanz für kollektivistisch-militaristische Verhaltensformen, beim Rechtsextremismus im Wehrmachts- und NS-Kult, beim realen Sozialismus durch die nahtlose Übernahme preußisch-militaristischer Traditionen und Ausdrucksformen in NVA, Grenztruppen und MfS,
- Antiamerikanismus und Antiliberalismus als Chiffre für die Ablehnung liberaler, auf die persönliche Freiheit und Verantwortlichkeit des Einzelnen bezogener Werte und Gesellschaftskonzeptionen,
- Antikapitalismus als deren wirtschaftspolitisches Pendant,
- Antiimperialismus als Reflex auf die weltumspannende Attraktivität des westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und seine politischen und militärischen Fähigkeiten,
- schließlich eine mental autoritätsfixierte Grundhaltung, die gesellschaftliche Aktivitäten nicht aus der Initiative des Bürgers, sondern als staatliche Vorgaben erwartet.

Diese Synergieeffekte werden von der NPD, aber implizit auch von den „Kameradschaften“ auf unterschiedlichen Ebenen genutzt. Die NPD will das Potenzial der heutigen Partei „Die Linke“ für sich nutzbar machen. „Die Betrachtung der PDS als ‚kommunistische Partei‘ ist ebenso falsch wie kontraproduktiv. Die PDS sollte in erster Linie als Instrument zur Kanalisierung der wachsenden Unzufriedenheit der Mitteldeutschen betrachtet werden. Das Wählerpotenzial der PDS gehört zu der Personengruppe, die für unsere Thematik besonders empfänglich sein dürfte. Unsere Bestrebungen sollten darauf abzielen, dieses Potenzial der NPD zuzuführen.“⁶

Mit Genugtuung glaubte die NPD feststellen zu können, dass „die Mitteldeutschen geistig keine Bundesrepublikaner geworden, sondern diesem

volksfeindlichen System politisch fremd geblieben sind. Mit ihrer Wertpräferenz für Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Heimat sind sie für die gleichgerichteten Botschaften der nationalen Opposition wesentlich empfänglicher als viele Westdeutsche“.⁷

Solche Berührungspunkte machen es auch möglich, Aktionsformen und politische Rhetorik zu teilen. Die NPD hat die kommunistischen „Pressefeste“ für ihre *Deutsche Stimme* als bundesweite Werbeveranstaltung übernommen. Sie versucht sich an „Mahnwachen“ und besucht mit der „Wortergreifungsstrategie“ gegnerische Veranstaltungen. Das Konzept der „national befreiten Zonen“ knüpft systematisch an Haus- und Platzbesetzungen durch Linksextremisten an. Schließlich übernimmt die NPD bedenkenlos mit leichten Abwandlungen politische Parolen der orthodoxen und der Neuen Linken. Die Bilanzierung einer Spendenkampagne überschrieb der Parteivorsitzende mit „Hoch die nationale Solidarität“ (Original: „Hoch die *internationale* Solidarität“⁸), 1996 lancierten NPD und Junge Nationaldemokraten (JN) eine Kampagne „Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national!“ (Original: „Gegen *Staat* und Kapital, unser Kampf ist *international!*“⁹. Ein „2. Europäischer Kongress der Jugend“ der NPD stand unter dem Motto „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg! Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!“ (Original zusammengesetzt aus der alten KPD-/SED-Antifa-Parole „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg“ und der Parole der Neuen Linken „Intifada bis zum Sieg!“).¹⁰ Parolen und Sprachregelungen gegen die „Globalisierung“ kann man praktisch eins zu eins übernommen wieder antreffen.

4.3.2 Überregionale Aktionsformen

„Demonstrationspolitik“, „Wortergreifungsstrategie“ und die Schaffung so genannter „national befreiter Zonen“ sind drei Varianten des überregionalen Auftretens von Rechtsextremisten. Auch hier gilt es, den Effekt überscharfer Wahrnehmung rechtsextremistischer Phänomene in der Presse zu beachten. Die tatsächliche Umsetzung dieser drei Taktiken ist nicht mit ihrer propagandistischen Ankündigung identisch. Deshalb ist wiederum das in der Öffentlichkeit medial vermittelte Bild nicht immer stimmig.

Unter den Themenfeldern von rechtsextremistischen Demonstrationen standen Eigenwerbung und Agitation gegen die linksextremistische Konkurrenz bzw. staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus an der Spitze (123 Fälle im Zeitraum 1998 bis 2004), gefolgt von Sozialagitation (101 Fälle). Demonstrationen zur Verherrlichung des Nationalsozialismus oder der Rolle der Wehrmacht hatten dafür im Durchschnitt höhere Teilnehmerzahlen.¹¹

Für die rechtsextremistische Szene erfüllen Demonstrationen unterschiedliche Zwecke, die ganz überwiegend nach innen auf den eigenen Zusammenhalt gerichtet sind. Sie stabilisieren rechtsextremistische Strukturen, schulen in politischer Praxis Kader, erproben sie in einer Art „Feindberührung“, ziehen bislang unentschlossene Sympathisanten an. Schließlich erzwingen sie aus rechtsextremistischer Sicht Legalität und tragen so dazu bei, dass der „nationale Widerstand“ als normaler Faktor des gesellschaftlichen Lebens erscheint.¹² Für junge und noch unerfahrene Interessenten ist die erstmalige Teilnahme an einem solchen Aufmarsch ein demonstrativer Schritt in die Szene. Der Betreffende kann dabei gesehen werden, lässt politische Zuordnung erkennen und muss mit entsprechenden Reaktionen aus seinem sozialen Umfeld rechnen.

Auch die „Wortergreifungsstrategie“ ist Ausdruck gestiegenen Selbstbewusstseins unter Rechtsextremisten. Sie besteht darin, gegnerische Veranstaltungen zu „besuchen“ und – wo möglich – durch Redebeiträge für eigene Zwecke umzufunktionieren. Damit wollen Rechtsextremisten einerseits wiederum ihre Präsenz im öffentlichen Raum demonstrieren. Zweitens dient die „Wortergreifungsstrategie“ zur Delegitimierung der Veranstalter und ihrer Themen, während im Erfolgsfalle zugleich gegnerisches Terrain genutzt wird, um rechtsextremistische Ideologie zu verbreiten. „Wortergreifungen“ zielen nicht auf Diskurs, sondern auf Tabubrüche und auf Provokation. Die Agitatoren sind gut vorbereitet und tragen ihre Auffassungen in immer neuen Variationen vor. Es besteht die Gefahr, dass den Veranstaltern die Initiative entgleitet, der Themenschwerpunkt sich verändert und die Veranstaltung schließlich thematisch und rhetorisch von den „Besuchern“ beherrscht wird.

Andererseits sollte die „Wortergreifungsstrategie“ auch nicht überschätzt werden. Das oben angedeutete Szenario ist mehr als selten. Das rechtsextremistische Lager verfügt nur über sehr wenige Kader, die rhetorisch und argumentativ vor einem gegnerischen Auditorium bestehen können

bzw. den Mut fassen, dergleichen überhaupt zu versuchen. Niemals werden sie allein erscheinen, sondern stets mit einer mehr oder weniger großen Anzahl von „Kameraden“, die als Claqueure oder nur als schweigende Masse und Drohkulisse wirken. Deren Zusammenrottung vor der Veranstaltung ist demnach ein deutlicher Anhaltspunkt, dass eine „Wortergreifung“ geplant ist. Es bleibt dann durchaus Zeit, vorsorglich die Polizei zu benachrichtigen (die Anwesenheit von Neonazis begründet immer die drohende Gefahr der Störung) und vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Regelrechte Sprengungen gegnerischer Veranstaltungen durch Rechtsextremisten sind angesichts konsequenter Strafverfolgung nicht üblich – solche Aktionsformen gehörten in der Vergangenheit allenfalls zum Repertoire linksextremistischer Organisationen. Abzuwarten bleibt, ob dies von der Konkurrenz noch übernommen wird. In der Praxis bestehen zwischen der propagandistischen Wirkung der „Wortergreifungsstrategie“ und ihrer praktischen Umsetzung demnach durchaus beträchtliche Diskrepanzen.

Der Begriff „national befreite Zone“ tauchte erstmalig zu Beginn der 1990er Jahre in NPD-nahen Publikationen auf. Er meinte mit unterschiedlicher Akzentuierung Rückzugsorte in Gestalt von privaten Liegenschaften, Ansätze einer „nationalen Ökonomie“ mit eigenen Ladengeschäften, Buchhandlungen und Gast- und Versammlungsstätten, aber auch die Möglichkeit, im öffentlichen Raum weitgehend ungestört mit rechtsextremistischen Inhalten agitieren zu können, ohne Gegenkräften der Zivilgesellschaft oder behördlichen Maßnahmen ausgesetzt zu sein: „Befreite Zone bedeutet für uns [...] die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der Aktivisten der Stadt zweitrangig.“¹³

Vorbilder für solche Erwägungen waren offensichtlich die in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen und teilweise behördlich geduldeten „befreiten Zonen“ des Linksextremismus, z.B. die Hafenstraße in Hamburg oder Kreuzberg in Berlin (West) während der „Häuserkämpfe“ vor 25 Jahren. Das Interesse des modernisierten Rechtsextremismus an solchen Konzepten konnte aber niemals in eine offensive Strategie umgesetzt werden: Allerdings erfolgte die Reklamation des Kampfbegriffs mit

der üblichen dröhnenden Rhetorik, die leicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass wiederum zwischen rechtsextremistischen Allmachtphantasien und der Realität eine gewaltige Diskrepanz existierte. Solche vollmundigen Bekundungen werden von der Presse oft noch propagandistisch verstärkt. „Befreite Zonen“ oszillierten von der Vorstellung terrorisierter „no-go-areas“ über die Benutzung von CB-Funkkanälen durch Rechtsextremisten bis zu rechtsextremistischen Aktivitäten jeglicher Art: „In mehr als 50 Prozent der Artikel wurde die ‚national befreite Zone‘ als Synonym für dramatische Zustände verwendet, ohne jedoch den Terminus zu erläutern. [...] Die Berichterstattung in den Medien konstruiert Wirklichkeit.“¹⁴

Soweit sich „national befreite Zonen“ auf die neuerdings verstärkten Bemühungen von finanziell potenten Rechtsextremisten beziehen, Immobilien als Versammlungs- oder Schulungsstätten zu erwerben, bleibt festzuhalten, dass es sich um privatwirtschaftliche Geschäfte handelt, die zu unterbinden weder zivilgesellschaftliche Kräfte noch die öffentliche Hand ausreichende Handhabe haben. Der grundgesetzliche Schutz des Eigentums steht dagegen; er gilt auch für Rechtsextremisten.

Anders stellt sich die Situation für die politische Nutzung von solchen Liegenschaften als Schulungs- und Versammlungsstätten, zur Abhaltung von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen oder zu als „Geburts tagsfeiern“ getarnten Zusammenkünften mit strafbaren Inhalten dar. Hier können und sollten Kommunen alle in Frage kommenden bau- und versammlungsrechtlichen Auflagen konsequent nutzen und ihre strengste Einhaltung rechtsstaatlich gewährleisten.

4.3.3 Rechtsextremismus vor Ort

War der Rechtsextremismus zwar seit Gründung der beiden deutschen Staaten vorhanden, aber in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung eher unscheinbar, so hat sich diese Situation geändert. Gleichwohl ist das bemerkenswerteste Kennzeichen des „Rechtsextremismus vor Ort“ weiterhin seine ausgeprägte *Asymmetrie*. Sie verläuft zwischen den alten und den neuen Bundesländern, innerhalb der alten Bundesländer nochmals zwischen den nördlichen und den südlichen, ferner zwischen städtischem Areal und ländlichen Gegenden sowie auch zwischen wirtschaftlich prosperierenden und unterentwickelten Regionen. Vereinfacht gesagt und unter der Annahme, dass auch hier Ausnahmen die Regelhaf-

tigkeit bestätigen. Auftritte einzelner Neonazis bleiben vor allem in west- und norddeutschen Großstädten für den Betroffenen weiterhin mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Zu den *Gelegenheitsstrukturen* für Rechtsextremisten in den betroffenen Regionen gehört offenbar eine Schwäche oder sogar weitgehende Abwesenheit von zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sinnvermittelnde Institutionen wie Kirchen und jahrzehntelang eingeübtes Vereinsleben fehlen als Gegenkräfte weitgehend. Wirtschaftliche Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsverlust erzeugen depressive Stimmungen. In dieser Situation können neonazistische „Kameradschaften“ ein Vakuum ausfüllen. Ihre Botschaft lautet: Wir sind von hier, wir hauen nicht ab, sondern bleiben und packen an. Das Angebot hat nur einen entscheidenden Nachteil: Sein Zweck ist der Transport rechtsextremistischer Ideologie.

Die beschriebene Situation hatte sich schon seit einigen Jahren angedeutet und ist keinesfalls mit dem Einzug der NPD in zwei Landtage überraschend entstanden. Schon vor Jahren haben die „Kameradschaften“ ihr Skinhead- und Neonazi-Gewalttäterimage abgelegt und sich als die „netten Nazis von nebenan“ (so der Journalist Toralf Staudt) etabliert. Bürger sollen nicht abgeschreckt, sondern gewonnen werden. Durch alltagskulturelle Subversion soll zugleich die Akzeptanz einer „soft“ angetragenen Nazi-Ideologie befördert werden. Das kann funktionieren, wenn die Gelegenheitsstrukturen stimmen, wenn niemand oder nur wenige widersprechen oder beim Widersprechen nicht überzeugen.

Aus Sicht der Rechtsextremisten ergibt sich folgendes strategische Vorgehen: „Dem Liberalkapitalismus muss eine fundamentalistische nationale Bewegung eine breite Gegenkultur und eine Vielzahl von Gegen-Lebenswelten entgegenstellen. [...] Einen ersten Schritt in die richtige Richtung stellen die ‚national befreiten Zonen‘ dar, wo Nationalisten die Jugendkultur beherrschen. [...] Mit Aktionen wie Spielplatzsäuberung, Einkaufshilfe oder Liederabende für alte Menschen, Baumpflanzung, Kinderbetreuung oder Lerngemeinschaften wird jenes soziale Engagement gezeigt und jene Volksgemeinschaft vorgelebt, die auch das Wesen des national befreiten Gemeinwesens ausmachen sollen.“¹⁵ Dies solle dazu führen, dass die Nationalisten „in einem Meer von Sympathie“ schwimmen.¹⁶

Inzwischen sind die Aktivisten der frühen 1990er Jahre in ein gesetzteres Alter gekommen, haben eine Existenzgründung hinter sich und geheiratet. Die neu gegründeten hübsch deutsch-ordentlichen Familien samt Nachwuchs wirken zugleich akzeptanzfördernd in die lokale Gesellschaft hinein. Der Rechtsextremismus hat aufgehört, die Subkultur von mehr oder weniger alkoholisiert und straffällig einher kommenden desintegrierten Jugendlichen zu sein. Selbst martialisch klingende Namen von politischen Strukturen wandeln sich. Bürgerinitiative „Schöner wohnen in Ueckermünde“ – wiewohl gegen ein Asylbewerberheim vor Ort gerichtet und durchaus nicht nur hintergründig fremdenfeindlich gedacht – hört sich gefälliger an als „Aryan Warriors“.

Rechtsextremistisches Auftreten kann sich so in bürgerinitiativähnlichen, sozial-karitativen, freizeitorientierten oder auch kommunalpolitischen Formen vollziehen. Soweit es Serviceleistungen erbringt, die von anderen Institutionen nicht mehr geleistet werden, knüpft es damit an soziale und mentale Prägungen an, die aus DDR-Zeiten überkommen sind. Der sozial-patriarchalische Diktaturstaat nahm den Bürgern Eigeninitiative ab und „kümmerte“ sich: von der Infrastruktur über Berufsaussichten bis zur Freizeitgestaltung. In diese Lücke springen nunmehr Rechtsextremisten u.a. mit ihrem kommunalpolitischen Engagement.¹⁷

Sie wissen auch, wessen Nachfolge sie antreten, wenn sie Hartz-IV- und Mieterberatungen veranstalten: „Die PDS ist in vielen Plattenbauten vor allem deshalb erfolgreich, weil sie mit Mieterberatungsstellen und ähnlichen sozialen Einrichtungen dort präsent ist, wo die Menschen der Schuh drückt.“¹⁸ Es steht mittelfristig ins Haus, dass die NPD und die „Kameradschaften“ zumindest Teile solcher bisherigen Aktivitäten der an Überalterung aussterbenden Mitglieder der Partei „Die Linke“ übernehmen könnten.

Für das Eindringen in die Zivilgesellschaft gibt es seitens der NPD und der „Kameradschaften“ klare Weisungen: Die „Bewegung“ müsse „auch im bundesrepublikanischen Alltag aktiv sein. Dies kann zum Beispiel in einer örtlichen Bürgerinitiative, in einem Sportverein, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen überparteilichen Organisationen stattfinden.“¹⁹

Auch diese vollmundige Ankündigung hat unmittelbar Besorgnisse ausgelöst über eine alltagskulturelle Unterwanderung durch Rechtsextremisten. Auch in diesem Fall weichen aber Plan und Realität voneinander

ab. Es gibt zweifellos Freizeitvereine, die sich für eine Instrumentalisierung durch Rechtsextremisten eignen. Dazu zählt Fußball als Kampf- und Mannschaftssport. Fußballvereine standen nicht zuletzt auch in der DDR im Ruf, für braunes Gedankengut anfällig zu sein. Dies gilt umso mehr, wenn Vereine von Rechtsextremisten gegründet worden sind.²⁰

Andere Strukturen sind weniger instrumentalisierbar, vor allem, wenn sie definitiv nicht mal eine vopolitische Aufgabe haben oder sich mit Hilfe ihrer Vereinssatzungen gegen politische Vereinnahmungen wehren können. Selbst für Vorpommern gibt es keinerlei Hinweise auf „braune“ Löschzüge, soweit es die Freiwilligen Feuerwehren betrifft.

4.3.4 Rechtsextremisten in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Politikwissenschaftler haben festgestellt, dass Rechtsextremisten mit einer gewissen Notwendigkeit die Verankerung auf kommunaler Basis suchten – der NPD-Ideologe Jürgen Gansel hatte das eine „geräuschlose völkische Graswurzelrevolution“²¹ genannt. Dies ergebe sich daraus, dass sie von einem biologistischen Politikmodell ausgingen, bei dem das Bildnis des „Wachsens aus der Wurzel“²² oder des Hausbaus, den man nicht mit dem Dach beginnt, Bestandteil von Überzeugungen sei.²³ Solche Bilder würden vermutlich schnell leiden, wenn es die Möglichkeit gebe, auf Macht in größerem Umfang zuzugreifen. Insofern sind die Kommunalparlamente Propagandatribünen, Orte der Schulung von Kadern und Möglichkeiten zur Verbreiterung der Basis in der Bevölkerung. Eine irgendwie geartete konstruktive Mitarbeit in kommunalen Vertretungsorganen haben weder die NPD noch die Kameradschaften und ebenso nicht die DVU im Sinn.

Untersuchungen zur Aktivität von NPD- und Kameradschaftskadern in Kommunalparlamenten in Mecklenburg-Vorpommern haben ergeben, dass die Mandatsträger zwar bei Sitzungen anwesend sind, andererseits aber ihre Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei weitem nicht ausschöpfen. Dies mag zunächst auch ihrer fehlenden Qualifikation geschuldet sein. Bemerkenswert ist jedoch, dass Rechtsextremisten sich gerne der mühseligen und an Sachfragen orientierten Ausschussarbeit entziehen und sich bei Debatten schwerpunktmäßig zu solchen Themen melden, die ihnen ideologisch unmittelbar interessant erscheinen oder von denen sie meinen, sie zumindest verwenden zu können. Die Forschungsgruppe der Universität Greifswald hat am Beispiel der NPD-Abge-

ordneten in Anklam – mit einigem Vorbehalt und dem Hinweis auf Vorläufigkeit – sechs Typen von Anträgen unterschieden:

1. Anträge, die sich auf konkrete sozialpolitische Anliegen vor Ort beziehen und somit auch nicht repräsentativ sind.
2. Anträge, mit denen die NPD beansprucht, die Interessen der „kleinen Leute“ gegen „die da oben“ zu vertreten.
3. Anträge, die sich zu einer generellen Kritik am Wirtschaftssystem nutzen lassen.
4. Anträge, die man zu System-, Exekutiv- und Bürokratiekritik verdichten kann.
5. Anträge mit Bezug zum Geschichtsbild (Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg).
6. Anträge ohne bestimmtes Profil, aber mit hoher Zustimmungsfähigkeit, geeignet, um den politischen Gegner vorzuführen.²⁴

Die rechtsextremistischen Abgeordneten schlagen also aus ihrer Anwesenheit in den kommunalen Vertretungskörperschaften nur den Gewinn, der sich aus ihrer Sicht lohnt. An einer konstruktiv-gestaltenden Mitarbeit haben sie kein Interesse; das ergibt sich im Übrigen auch aus ihrer Grundhaltung zum Parlamentarismus. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sie die Geschäftsordnung und die normalen Formen des bürgerlichen Umgangs beachten.

- 1| Zum Beispiel in der Broschüre „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema ‚Neue Ordnung‘.“ – Berlin, 2001. – S. 16. – (Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe; 11): „Wir Nationaldemokraten kritisieren die Verwerfungen eines durch einseitige Parlamentszentrierung deformierten politischen Systems“.
- 2| Aussage der NPD gemäß Verbotsantrag des Deutschen Bundestages 2001, Ziff. B.II.2.bb. – <http://www.extremismus.com/dox/antrag-bt.htm>.
- 3| Erklärung auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes, Stand: 18.09.2006.
- 4| Es sei darauf hingewiesen, dass im Unterschied zur linksextremistischen Legende diese kriminellen Akte ganz überwiegend nicht das Werk rechtsextremistischer Strukturen, sondern sonstwie gewalttätig konditionierter Einzeltäter waren. Zwar spielten rechtsextremistische Ressentiments dabei durchaus eine Rolle, sie traten aber gegenüber Faktoren wie allgemeiner Verrohung und Alkohol deutlich zurück.
- 5| Vgl. dazu Steglich, Hendrik: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004. – Göttingen: V & R unipress, 2005. – S. 74 ff.
- 6| NPD-Bundesvorstand: Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. – Berlin, 2002. – S. 30. – (Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe; 12).

- 7| Erklärung NPD-Bundesvorstand „Die nationale Achse Dresden – Berlin – Schwerin“, vom 20.09.2006 (Homepage NPD-Bundesvorstand).
- 8| Deutsche Stimme, 01/2007.
- 9| Vgl. Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. – Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2005. – S. 91.
- 10| Vgl. Zobel, Jan: Volk am Rand. NPD: Personen, Politik und Perspektiven der Antidemokraten. – Berlin: Eulenspiegel, 2005. – S. 55.
- 11| Virchow, Fabian: „Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland“. In: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. – Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag, 2006. – S. 79.
- 12| Zu diesen Funktionen vgl. ebd., S. 82-88.
- 13| Artikel „Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen“ in der Zeitschrift „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) Nr. 2/1991.
- 14| Döring, Uta: „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs“. In: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. – Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag, 2006. – S. 200 f.
- 15| Rogler, Christian: „Die nationalistische Avantgarde“. In: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. – Stuttgart: Deutsche Stimme Verlag, 1999. – S. 165.
- 16| Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie, 2 (Juni 1991), S. 6, zitiert nach Staud: Moderne Nazis. – S. 133. Mao Tse-tung hatte bekanntlich das Bild von Guerrillas entworfen, die in der Bevölkerung „wie Fische im Wasser“ schwimmen.
- 17| Fischer, Benjamin: „Die Kümmerer. Die Kommunalpolitik der extremen Rechten in Vorpommern“. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. – Waren/Müritz: RAA, 2007. – S. 31-35.
- 18| Rogler: Die nationalistische Avantgarde. – S. 165.
- 19| Köster, Stefan: Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Deutsche Stimme, 09/2006.
- 20| Für die gezielte Strategie gegenüber Fanclubs und Fussballvereinen instruktiv der Beitrag Maegerle, Anton: „Rechtsextremisten suchen die Nähe zu Fußballvereinen. Unter gewaltbereiten Fans wollen sie Nachwuchs rekrutieren.“ In: Blick nach rechts, 06/2007. Richtig ist die dort angedeutete Konsequenz, den Fanclubs zu helfen, sich vom politischen Ballast umgehend wieder zu befreien. Und bei von Rechtsextremisten gegründeten, betriebenen oder kontrollierten Clubs sollte man Möglichkeiten prüfen, sie von öffentlichen Mitteln der Sportförderung auszunehmen.
- 21| Erklärung vom 20.09.2006, NPD-Homepage.
- 22| Mit Belegen aus Aussagen des NPD-Vorsitzenden: Steglich: Die NPD in Sachsen. – S. 118 f.; auch Beier u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten. – S. 17 f.
- 23| Staud: Moderne Nazis. – S. 135.
- 24| Beier u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten. – S. 79 f.

5. PROGRAMMATIK

Bei der folgenden Darstellung rechtsextremer Programmatik werden überwiegend Texte der NPD verwendet. Die DVU kennt nur ein Kurzprogramm, das zudem von semantischer Täuschung geprägt und von der Praxis der Partei nicht gedeckt ist. Das programmatische Verhältnis zwischen NPD und „Kameradschaften“ hingegen brachte der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski (Mecklenburg-Vorpommern) zum Ausdruck, als er erklärte: „Ideologisch sind wir doch sowieso identisch. Also habe ich mich einfach integriert.“¹

5.1 STELLENWERT POLITISCHER PROGRAMMATIK BEI RECHTSEXTREMISTEN

In Schriften niedergelegte politische Programmatik gilt verbreitet als vernachlässigbarer Aspekt des politischen Geschehens. Im Zweifel, so lautet die Vorstellung, würden politische Grundsätze ohnehin pragmatisch auf dem Altar der Sachzwänge geopfert. Diese Auffassung ist insbesondere mit Blick auf extremistische Organisationen falsch. Historische Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus/Maoismus und neuerdings dem islamistischen Fundamentalismus belegen, dass ideologische Überzeugungen gerade von fanatisch motivierten Organisationen ohne Rücksicht auf die Folgen eins zu eins umgesetzt werden – notfalls unter schrankenlosem Einsatz von Gewalt. Das gilt auch für den taktisch zivilisiert auftretenden „modernisierten“ Rechtsextremismus.

5.1.1 Primat revolutionärer Grundsatzanliegen

DVU, NPD und „Kameradschaften“ stellen ihre tagespolitischen Forderungen in den Dienst ihrer systemüberwindenden Fernziele. Dies gilt sowohl für die mittlere Politikebene als auch für die Aktivitäten auf regionaler und kommunaler Ebene. Auf beiden Ebenen wird z.B. die NPD Themen nur aufgreifen, wenn sie entweder Ausdruck einer gelebten Volksgemeinschafts-Ideologie sind oder wenn sie sich so akzentuieren lassen, dass die Vorschläge der Partei die „Richtigkeit“ ihrer politischen Fernziele zu bestätigen scheinen oder sie auf andere Art mindestens mittelfristig fördern. Dabei kann es vorkommen, dass sie – nachgerade auf kommunaler Ebene – Forderungen erhebt, die – isoliert betrachtet – vernünftig und sachlich angemessen erscheinen und die auch von Demokraten erhoben bzw. unterstützt werden könnten.

5.1.2 Kernelemente rechtsextremistischer Programmatik

5.1.2.1 „Systemüberwindung“

DVU, NPD und „Kameradschaften“ wollen „das System“ überwinden. „Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler“, formuliert dazu eine Parole der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Anlehnung an die identische linksextremistische Diktion. Die gebräuchlichen Begriffe „System“, aber auch „Systemparteien“, „Systempresse“, „Systempolitiker“ und „Systemlinge“, gehen auf den Sprachgebrauch der NSDAP zurück. Entsprechende Absichten der „Systemüberwindung“ räumen heutige Rechtsextremisten aber unterschiedlich offen ein.

Bei der NPD gibt es Bekundungen im Programm und aus dem Munde des Parteivorsitzenden, die belegen sollen, dass die Partei nicht die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat, sondern im Gegenteil deren Befestigung anstrebe. Soweit solche Äußerungen nicht ohnehin als Bestandteil eines verständlicherweise abwiegelnden Kurses im Umfeld des Verbotverfahrens zu lesen sind, verdienen sie auch ansonsten keine Beachtung. In der „Jungen Freiheit“ vom 24. September 2004 hat der Parteivorsitzende Voigt – offenbar in euphorischer Stimmung fünf Tage nach dem Wahlerfolg in Sachsen – dazu alles Notwendige gesagt:

Voigt: Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.

JF: Bitte?

Voigt: Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.

JF: Widersprechen Sie, wenn man da feststellt, dass die NPD zu Recht vom Verfassungsschutz verfolgt wird?

Voigt: Nein, im Grunde ist diese Beobachtung aus Sicht der Vasallenstaaten nachvollziehbar. [...]

JF: Wie hat man sich den Umsturz vorzustellen?

Voigt: Durch revolutionäre Veränderung.

JF: Nämlich?

Voigt: Durch Bewusstwerdung des Volkes über den Zustand der Entmündigung, in dem es sich befindet, und eine demokratische Erhebung dagegen. Dieser Prozess hat am Sonntag mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen bereits begonnen.

JF: Lenin hielt es für legitim, der Geschichte durch Waffeneinsatz auf die Sprünge zu helfen, wenn die Zeit dafür reif ist.

Voigt: Das kommt für uns nicht in Frage, die NPD erkennt das Gewaltmonopol des Staates und damit dessen Gesetze an.

JF: Also ein legitimistischer Kurs?

Voigt: Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber solange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen."

Quelle:

Interview mit Udo Voigt in der „Jungen Freiheit“ (JF) vom 24. September 2004.

Etwas komplizierter stellt sich der Sachverhalt für die DVU dar, denn die Partei gibt sich betont verfassungstreu. Ihr schmalbrüstiges „Partei-Programm“ beginnt mit der Behauptung, die Partei bekenne sich „vollinhaltlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist“.² Sie verweist auf den Art. 56 GG, nach dem der Bundespräsident sich bei Amtsantritt verpflichtet, seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes (zu) wahren und (zu) verteidigen,

seine Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann (zu) üben“. Platt populistisch deklariert die DVU nunmehr als „Wohl des Volkes“ ihr eigenes Programm. Was die DVU wolle, ergebe sich aus dem alle Politiker verpflichtenden Amtseid (der tatsächlich nur Amtsträger, aber nicht alle Politiker verpflichtet). „Dass deutsche Politik in Deutschland endlich wieder gemäß dieser Vorschrift gemacht wird, ist das Hauptziel unserer Partei“, heißt es in der Präambel zum „Partei-Programm“ der DVU. Sodann folgen lauter programmatische Aussagen, die in ihrer Gesamtschau der Rechts- und Verfassungsordnung auf das Gründlichste widersprechen. Im Übrigen belegt die DVU jenseits ihres Lippenbekenntnisses zum Grundgesetz mit jeder Ausgabe der Publikationen aus dem Verlagshaus Frey ihre Verfassungsfeindlichkeit. Deren Agitation ist fremdenfeindlich, verherrlicht die Angriffskriege des „Dritten Reiches“ und relativiert die Massenverbrechen des Regimes.

Die „Kameradschaften“ sind zwar Bestandteile der rechtsextremistischen Szene, aber gerade keine fassbare Organisation. Man kann deshalb nicht Aussagen einer Kameradschaftsstruktur einer anderen oder gar allen zuschreiben. Andererseits verbergen sie ihre Ziele nicht. Verfassungsfeindliche Äußerungen sind in Druckschriften und Internet so deutlich, dass sie für jede Region leicht auffindbar sind. Für regionale überörtliche Zusammenschlüsse sind die Internet-Adressen der „Aktionsbüros“ oder das „Störtebeker-Netz“ hilfreich. Um Straffälligkeit zu vermeiden, neigen solche Internet-Portale allerdings dazu, aggressive Aussagen durch Sarkasmus und Ironie zu verfremden.

5.1.2.2 Feindbilder

Extremistische Organisationen bevorzugen eine klare, simple Welterklärung bipolaren Zuschnitts: gut-böse, schwarz-weiß, Freund-Feind. Vermittelnde Positionen, Zweideutigkeiten, Grautöne sind unerwünscht. Der Gegenpart des eigenen Lagers und seiner Freunde ist der Feind. Der Feind ist nicht bloß politischer Gegner, er ist im existenziellen Sinne Feind, er ist vollkommen böse und muss total überwunden werden. Zu den Feinden der NPD gehört selbstverständlich, wie bereits dargestellt, das „System“. Es umfasst:

- das politische Institutionengefüge (NPD-Diktion: „Die BRD abwickeln“),
- die Wertebasis der Demokratie (NPD-Diktion: „Menschenrechtsideologie“ und „Westliche Wertegemeinschaft“),

- das Prinzip offener Gesellschaften mit entwickelten internationalen Kontakten und Beziehungen (NPD-Diktion: „Multikulti“, „Globalismus“, „One World“),
- die Marktwirtschaft und den Welthandel (NPD-Diktion: „Liberalkapitalismus“),
- seltener konkrete Akteure und Politiker (NPD-Diktion: „Systempolitiker“).

Es fällt auf, dass sich fast alle Facetten dieses Feindbildes gegen die Grundlagen der liberalen Demokratie angelsächsischer bzw. kontinental-europäischer Prägung richten. Insbesondere die USA, ihr politisches System, ihre Form der Marktwirtschaft, ihre multikulturelle, tolerante und auf individuelle Freiheit ausgerichtete Gesellschaft sowie ihr militärisches Potenzial ergeben aus rechtsextremistischer Sicht ein ideales und umfassendes Feindbild. Hinzu kommt, dass den Amerikanern weit stärker als den Sowjets und den übrigen Westalliierten die militärische Bezwingung des NS-Regimes zur Last gelegt wird. Nach der „Modernisierung“ der NPD rückten die USA zusätzlich stärker als Symbol eines weltweiten Kapitalismus ins Blickfeld. Beim Feindbild USA können Rechtsextremisten noch zwei weitere Faktoren für sich nutzen: Ein subkutaner Antiamerikanismus existiert in den alten Bundesländern trotz erfolgreicher Demokratisierung und Westbindung fort. In der DDR war das Feindbild der „imperialistischen USA“ offizielles zentrales Element der Systemkonkurrenz; entsprechend gründlich und nicht ohne Folgen wurde es offiziell gepflegt.

Wer beim Feindbild Amerika tiefer nachfasst, stößt auf einen noch dahinter liegenden, aber seltener artikulierten Kern. Denn wiederum stellvertretend für alle von Rechtsextremisten abgelehnten Facetten des „American Way of Death“ (NPD-Diktion) steht die „Ostküste“. Diese nur scheinbar geographische Bezeichnung ist eine unter Rechtsextremisten sofort verstandene Chiffre. „Ostküste“ meint die alten Kernstaaten der amerikanischen Föderation, insbesondere New York, das wiederum mit dem Standort der Börse und des Finanzestablishments identifiziert wird. Es ist in rechtsextremistischer Vorstellung dominiert von „Liberalkapitalisten“ und „Globalisten“, die sich der US-Regierung zur Umsetzung ihrer angeblichen Weltherrschaftspläne bedienen. Dabei sind die handelnden Personen in rechtsextremistischer Vorstellung ganz überwiegend Juden, gedacht als Personen jüdischen Glaubens oder irgendwie mit dem „Zionismus“ oder dem Staat Israel verbundene Menschen.

Ergebnis: Der Kern des – zumeist wegen seiner möglichen Strafbarkeit unausgesprochenen – anti-westlichen, anti-amerikanischen Feindbildes der NPD, der „Kameradschaften“ und – in abgeschwächter Form – auch der DVU ist der Antisemitismus.

5.1.2.3 Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien stehen unmittelbar mit Feindbildern im Zusammenhang. Da Feindbilder in der Regel emotionale Konstrukte sind, aber nicht in erster Linie auf konkrete Beobachtungen des Handelns von konkreten Personen beruhen, können sie belegbare Zurechnungen für die festgestellten „Übel“ zumeist nicht leisten. Der Feind bleibt anonym, im Dunkeln, ist nicht zu fassen. Angesichts fehlender Beweise gibt es für die Verursachung des Übels nur eine Erklärung: Es wird durch Verschwörung, unsichtbar und im Geheimen tätig, ins Werk gesetzt. Hinter der scheinbar das Feindbild nicht recht bestätigenden Realität steht eine zweite Wirklichkeit, in der von dunklen Mächten ein weltumspannender böser Plan entworfen und umgesetzt wird.

Traditionell sind viele solcher Verschwörungstheorien auf das Hauptfeindbild, die USA, und auf „die Juden“ bezogen. So gelten natürlich auch für die NPD die Anschläge des 11. September 2001 in New York nicht als das, was sie tatsächlich sind, nämlich als geplanter Terrorangriff islamistischer Fanatiker. Vielmehr geht die Partei von einem amerikanischen, mutmaßlich jüdischen Komplott aus. Es habe der US-Politik die Handhabe zum militärischen Losschlagen gegen „den Islam“ und zur imperialistischen Kontrolle der arabischen Ölressourcen liefern sollen. „Die Chronik der getürkten Kriegsgründe zieht sich von der Versenkung der ‚Lusitania‘ über Pearl Harbour bis zum 11. September 2001.“³

Auch in Sachen „Verschwörungstheorien“ ist ein Blick hinter die Kulissen hilfreich: Der „Deutsche Stimme“-Verlag der NPD unterhält einen Versandhandel mit ausgiebigem Katalog für einschlägige Literatur, Tonträger und Devotionalien. Das Literaturangebot enthält u.a. die Unterkategorie „God’s own Country – die USA“, in der 61 Titel⁴ angeboten werden. Die meisten stammen zwar von rechtsextremistischen Autoren, doch sind auch etliche Werke mit einem nicht extremistisch motivierten Antiamerikanismus im Programm. Von den 61 angebotenen Titeln sind rund ein Dutzend, die sich mit den Ereignissen des 11. September 2001 befassen, linksextremistischen Ursprungs. Darunter befinden sich drei Bücher des

amerikanischen Anarcho-Kommunisten Noam Chomsky, eine Veröffentlichung des Chefredakteurs der neostalinistischen „Jungen Welt“, ein Buch der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy, ein Elaborat aus der linksextrremen Psychosekte „Bund gegen Anpassung“. Ein trübes Gemisch, das man ebenso in der Unterkategorie „Hinter den Kulissen/überstaatliche Mächte/New World Order“ antreffen kann. Die Botschaft lautet: Die Anschläge sind das Werk der Amerikaner, der Freimaurer oder auch des Mossad.

5.2 IDEOLOGIE- UND GRUNDWERTEEBENE

Ideologische Grundsatzziele, verbunden mit charakteristischen Politik- und Menschenbildern, werden in der Regel in Grundsatzprogrammen und in Schriften zu deren Erläuterung vorgestellt. Rechtsextremisten sind in dieser Frage im Allgemeinen eher zurückhaltend. Die „Kameradschaften“ sehen wegen ihrer amorphen Struktur keinen Anlass zur Produktion angreifbarer „Grundsatzpapiere“, eher schon „sprechen“ sie durch programmatische Äußerungen ihrer wichtigsten Leitfiguren. Die DVU hat ein solches Programm nicht vorgelegt. Lediglich die NPD hat 1967 ein kurzes „Manifest“, 1973 und wieder 1997 Parteiprogramme verfasst. Letzteres umfasst 14 Seiten und ist durch ein „Aktionsprogramm“ von 77 Seiten ergänzt worden.

Die NPD hält dieses Programm für ergänzungsbedürftig. Eine aus sieben Personen bestehende Programmkommission hat es im Laufe des Jahres 2007 überarbeitet, wobei sich der Umfang ungefähr verdreifachte. Die Verabschiedung – nach dem Parteiengesetz nur durch einen Parteitag möglich – misslang Ende Oktober, weil der Betreiber des Tagungsortes der Partei kurzfristig den Mietvertrag kündigte. Eine Neuausrichtung der NPD ist mit dem neuen Programm nicht verbunden. Es sollte, erklärte der Vorsitzende der Programmkommission, Aussagen zu den „Grundlagen von Volk und Staat, aber vor allem auch mit Blick auf antiglobalistische Denkansätze im ökonomischen Bereich“ stärker akzentuieren.⁵

5.2.1 „Lebensrichtiges Menschenbild“ als Grundlage völkischer Ideologie

Allen politischen Philosophien liegen bestimmte – zumeist vorwissenschaftliche, auf Wertsetzungen basierende – Menschenbilder zugrunde. Für Rechtsextremisten ist ein äußerst pessimistisches Menschenbild

typisch. In Analogie zur Natur wird das Wesen des Menschen im Kampf ums Überleben gesehen, bei dem die Starken obsiegen und die Schwachen untergehen. Diese darwinistische Sichtweise wird auf die Gesellschaft übertragen: Der Ausscheidungs- und Überlebenskampf „starker“ Kollektive, Sippen, Völker, Nationen oder Rassen gegen schwächere – und damit implizit als „minderwertig“ oder „lebensunfähig“ beschriebene – bildet den Kern eines Menschenbildes, das in seiner reinsten Form im historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck kam.

Bei den rechtsextremistischen Organisationen der „Volksfront von rechts“ ist die Bereitschaft, sich zu einem solchen sozialdarwinistisch-rechtsextremistischen Menschenbild zu bekennen, unterschiedlich ausgeprägt. Selbst die NPD vermeidet es, die menschenverachtende Grundlage ihrer politischen Philosophie allzu deutlich zu thematisieren. Lediglich die „Kameradschaften“ stellen ihre neonationalsozialistische Gesinnung offen zur Schau.

In einem internen Papier der NPD wird der sozialdarwinistische Inhalt ihres Menschenbildes allerdings ungeschminkt erklärt: Die NPD ziehe bei der Bestimmung ihres „lebensrichtigen Menschenbildes“ Wissenschaften wie „Neurologie, Genetik, Soziologie, Biologie, Anthropologie, Ethnologie und Psychologie“ heran. „Die Nationale Erkenntnistheorie beruht auf der Natur des Menschen und fordert demzufolge die Einbeziehung der Naturgesetze in das politische Handeln.“ Offensichtlich sollen politische Konzeptionen aus naturwissenschaftlichen Kategorien abgeleitet werden – ein typisches Kennzeichen sozialdarwinistisch-rassistischer Theorien. Daher bezeichnet die NPD das Menschenbild auch als Element der „Abgrenzung und Positionsbestimmung“. Die Partei setzt sich auch dezidiert von der Wertebasis demokratischer Parteien ab. Sie unterstellt diesen ein „falsches Menschenbild, in dem der Mensch von Natur aus als gut und zudem alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden“. Diese grundlegende Freiheit und Gleichheit der Menschen bestreitet die NPD. Hinter der Leerformel vom „lebensrichtigen Menschenbild“ steht zudem ihr Anspruch, gegebenenfalls zu entscheiden, was für wen „lebensrichtig“ ist. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, so erfährt man, unterlägen „einem gewissen Wandel, die Grundwahrheiten jedoch bleiben unverändert.“⁶ Aufgrund dieser Wandelbarkeit sei das lebensrichtige Menschenbild nicht statisch, sondern dynamisch. Mit anderen Worten: Die Partei behält sich vor, von Fall zu Fall zu entscheiden, was für das Leben in ihrer Volksgemeinschaft richtig ist und was nicht. Sie formu-

liert das ausdrücklich an einer Stelle des „Aktionsprogramms“, an der es heißt, es sei Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Staat so zu gestalten, dass seine Bürger eine möglichst hohe Lebensqualität genießen könnten. „Grundlage der Bewertung der ‚Lebensqualität‘ ist dabei das lebensrichtige Menschenbild.“⁷

5.2.2 Volksgemeinschaft als ethnisch bestimmte Zwangskörperschaft

Politischer Ausdruck des „lebensrichtigen Menschenbildes“ ist bei NPD und „Kameradschaften“ die „Volksgemeinschaft“. Das Parteiprogramm formuliert dazu an prominenter Stelle: „Volkstum und Kultur sind die Grundlage für die Würde des Menschen.“⁸ In dem umfangreicheren „Aktionsprogramm“ erfährt der Leser im Kapitel „Volksgemeinschaft statt multikulturellen Wahnsinns“, das deutsche Volk sei die Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft.⁹ Die „Gemeinschaftspolitik“ der NPD sehe in Sprache, Kultur und Brauchtum zentrale Bestandteile menschlicher Identität.¹⁰ Insgesamt ergibt sich ein klares Bild der gesellschaftspolitischen Vision der NPD:

- „Volksgemeinschaft“ ist nicht nur durch Sprache, Kultur und Brauchtum definiert, sondern beruht auch auf der gemeinsamen Abstammung ihrer Mitglieder. Sie hat zum Ziel die Herstellung einer ethnisch homogenen Bevölkerung.
- Mit dieser Vision ist implizit die Ausgrenzung „Anderer“ als ethnisch und genetisch „Fremde“ verbunden; die „Volksgemeinschaft“ der NPD funktioniert also wie diejenige der Nationalsozialisten auf rassistischer Grundlage.
- Das Kollektiv der „Volksgemeinschaft“ steht über dem Einzelnen. Seine Menschenwürde ergibt sich auf der Grundlage von Volkstum und Kultur. Ein in Deutschland lebender Ausländer wäre demnach nicht nur kein Mitglied der Volksgemeinschaft, ihm käme auch keine Menschenwürde zu. Die Vorstellung von der natürlichen Würde jedes Menschen auf naturrechtlicher oder christlicher Grundlage ist der NPD fremd. Ihre Volksgemeinschaft orientiert sich deutlich an der Parole der NSDAP „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, ohne dies deutlich auszusprechen.
- Die Volksgemeinschaft ist für Deutsche offenbar ein Zwangskollektiv, in dem der Einzelne vor allem Pflichten hat; sie schafft „die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk“ (*Politisches Lexikon* auf der Homepage der NPD). Offenbar schließen „soziale Gerechtigkeit und Solidarprinzip“ in der NPD-Volksgemeinschaft im Zweifel auch Zwangsarbeit ein – das

ergibt sich aus der programmatischen Forderung der NPD, Haftanstalten in Arbeitslager umzuwandeln.

- Das Gegenbild zur NPD-Volksgemeinschaft bildet die „multikulturelle Massengesellschaft“. Gemeint sind pluralistische Gesellschaften, in denen konkurrierende Interessen von Einzelnen und Gruppen durch demokratische Verfahren entweder per Mehrheitsentscheid oder durch Kompromiss reguliert und friedlich ausgeglichen werden.
- Hinter der scheinbar harmonischen Fassade der „Volksgemeinschaft“ verbirgt sich – wie im NS-Regime – letztlich der Diktaturanspruch einer Partei oder Herrschaftselite. Indem die NPD gesellschaftlichen Pluralismus als „multikulturellen Wahnsinn“ ächtet, deutet sie an, dass es nur ein in ihrem Sinne richtig verstandenes Interesse der „Volksgemeinschaft“ geben kann. Dies soll auf dem angeblich naturwissenschaftlich abgestützten „lebensrichtigen Menschenbild“ beruhen; tatsächlich definieren schon die einzelnen Programmpunkte der NPD, was in der „Volksgemeinschaft“ erlaubt sein wird und was nicht.

5.2.3 Kampf gegen „Menschenrechtsideologie“

Nur entwickelte Demokratien gestalten Grund- und Menschenrechte als einklagbare Abwehrrechte des Einzelnen aus und verpflichten die staatliche Gewalt auf den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“). Autoritäre Systeme und Diktaturen werden sich zumeist verbal zu den Menschenrechten bekennen, sie aber in der Praxis willkürlich verletzen und nur dort gewähren, wo es den Interessen des jeweiligen Regimes nicht widerspricht.

Die NPD geht in dieser Frage einen Schritt weiter. Auf der Basis ihres biologistisch-rassistischen Menschenbildes ordnet sie Menschenrechte verschwörungstheoretisch als Instrument der „Globalisierer“ zur Errichtung der amerikanischen Weltherrschaft ein. Die „Menschenrechtsideologie“, so wörtlich, sei „die verlogenste, aber auch effektivste Propagandawaffe der Dollar-Imperialisten.“¹¹

Die völlige Ablehnung der aufklärerischen Ideen von Menschenwürde und individuellen Grundrechten kommt auch in einer internen Argumentationsempfehlung der NPD zum Ausdruck: „Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsene Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur,

Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkret greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. [...] ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion wie die ‚Menschheit.“¹²

Menschenrechte als individuelle Abwehrrechte gegen hoheitliche Freiheitsbeschränkungen umfassen noch eine weitere Komponente. Insofern Verfassungsstaaten auf den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet sind, haben sie ihre Bürger nicht nur vor unrechtmäßiger hoheitlicher, sondern auch vor privater Gewalt zu schützen (staatliches Gewaltmonopol). Die Gewährleistung insbesondere der persönlichen Unversehrtheit und des Eigentums schützt innergesellschaftlich vor allem Schwache und Schutzbedürftige, denen die Mittel fehlen, sich gegen Angriffe fremder unrechtmäßiger Gewalt angemessen zu wehren. Dieses staatliche Gewaltmonopol scheint die NPD schon heute lediglich gezwungenermaßen hinzunehmen.¹³ Wie es damit unter in ihrem Sinne veränderten politischen Umständen aussähe, kann man sich leicht ausmalen. Jedenfalls hält die Partei nichts von der Friedens- und Schutzfunktion des staatlichen Gewaltmonopols. Das belegt schon die willige Aufnahme zahlloser vorbestrafter Gewalttäter in ihre eigenen Reihen.

5.2.4 Kulturelle Referenzmodelle: Neoheidnische Visionen

Der „alte“ Rechtsextremismus und bis heute die DVU pflegten gelegentlich die „abendländische Kultur“ zu beschwören und damit auch deren spezifisch christliche Prägung einzuschließen. Damit ist es beim „neuen“ Rechtsextremismus vorbei. Besonders die Neonazi-„Kameradschaften“, aber auch die „neue“ NPD transportieren heute eine dezidiert nicht nur atheistische, sondern neoheidnische Gesellschaftsvision. Und diese steht ausdrücklich im Gegensatz zu christlichen Werten. Insgesamt tritt diese Eigenheit in der NPD weniger deutlich als in den „Kameradschaften“ hervor. Paragraph 2 der NPD-Satzung enthält ein Bekenntnis zur „deutschen und abendländischen Kultur“, außerdem zitiert er die „Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ mit dem Hinweis, dies sei Bestandteil der grundrechtlichen Ordnung. Das Parteiprogramm erwähnt religiöse Fragen mit keinem Wort.

Für die relativ starke Verankerung neoheidnischer Einschläge spricht jedoch das Versandangebot der Parteizeitung *Deutsche Stimme*. Dort

sind Literatur und Devotionalien aller Art mit germanentümelndem, neoheidnischem Bezug reichlich erhältlich. Zum Beispiel wird für einen „Kalender Germanischer Jahrweiser 2007“ geworben, er enthalte „Wissenswertes über Leben und Geschichte unserer Vorfahren“. Es gibt allein 26 Artikel zur „Schwarzen Sonne“, als Anstecker, Uhr, Aufnäher, Krawattennadel; ferner germanische Götter als Bilder oder Büsten, wahlweise in Metall oder Holz Ausführung. Im Schmuckangebot befinden sich diverse Thorhämmer und Runenanhänger. Das literarische Angebot enthält natürlich *Deutsche Heldensagen* und *Der Ahnenreiseführer – Wegweiser zu Kult- und Wirkungsstätten unserer Ahnen*.¹⁴

Neoheidnische Mystik und der dazu gehörige finstere Kitsch sind denn auch eher eine subkulturelle Angelegenheit; sie wabern durch die CD-Cover, Texte, Fanzines der gewaltbereiten Skinhead-Szene, funktionieren als Identifikationsmerkmale Eingeweihter, stellen atmosphärische Kontakte zu anderen, nicht automatisch rechtsextremistisch geprägten Jugendszenen wie Dark Wave und Gothic her. Ideologisch und normativ sind sie allerdings dem Rechtsextremismus sehr wohl nahe:

- Die germanisch-heidnische Sagenwelt ist von Kampf und Gewalt beherrscht; sie ist im wörtlichen Sinne eine barbarische Ordnung, in der sich selbst die Götter sozialdarwinistisch gegen Riesen und andere Dämonen durchzusetzen hatten.
- Der Phänotypus des Urgermanen ist der in der Dunkelheit unendlicher Wälder umherschweifende Sammler, Jäger und Krieger, d.h. im Klartext: ein gewöhnlicher Totschläger. Er lebt im Kampf mit der ihn umgebenden Natur, wegen seines intellektuellen Status unfähig, sie zu begreifen. Kultur, Staatsbildung, Verstädterung, Handel, entwickelte Gesellschaftsformen sind ihm zu Zeiten völlig fremd, da das Imperium Romanum Teile Mitteleuropas zivilisiert. Die Verherrlichung solchen Primitivismus entspricht der Neigung von Rechtsextremisten, differenzierte und pluralistische Gesellschaftsformen abzulehnen.
- Der christliche Wertekodex mit seiner Friedensbotschaft und dem Gebot der Nächstenliebe ist wegen seiner humanistischen und universalistischen Ausrichtung dem Rechtsextremisten nazistischer Prägung völlig entgegengesetzt. Hinzu kommen als Ablehnungsgründe die historischen und theologischen Berührungspunkte mit dem Judentum.

5.2.5 Geschichtsbild: Vorbild Nationalsozialismus

Mitte der 1990er Jahre sprach die NPD dem historischen Nationalsozialismus als ihrem Vorbild ziemlich ungehemmt zu. Das brachte die Partei an den Rand des Bankrotts und ihren damaligen Vorsitzenden Günter Deckert mehrfach ins Gefängnis. Der 1996 als Nachfolger gewählte Udo Voigt akzentuiert dieses Thema etwas anders.

Seine Handlungsoptionen sind gleichwohl im Zusammenhang mit der Nazifizierung der NPD und ihrer Rolle in der „Volksfront von rechts“ zu sehen. Auf der Grundwerteebene ist keine Abkehr vom Nationalsozialismus als historischem Referenzmodell zu erkennen: Der offensive Kampf der NPD gegen die universalistische Geltung der Menschenrechte und die Ideologie der rassistisch konturierten Volksgemeinschaft belegen das. Andererseits wurden in der Partei NS-Nostalgie und ihre strafbaren revisionistischen Tendenzen¹⁵ mindestens aus taktischen Überlegungen zurückgedrängt. Das Thema vermeidet die NPD nach Möglichkeit. In einer internen Weisung der Partei heißt es dazu: „Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festlegen lassen. [...] Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit. Hartz IV, Globalisierung und Verausländerung aber bittere Gegenwart.“¹⁶

NS-Nostalgie bleibt indessen durchaus ein Anliegen des Parteivolks. Betrachtet man das Literaturangebot des „Deutsche Stimme“-Versandhandels, so fällt auf, wie präsent Zweiter Weltkrieg und Nationalsozialismus im Geistesleben der Partei sind. Natürlich kann der Versand keine strafbare NS-Literatur vertreiben. Aber sein Angebot an Militariliteratur aller Art zur Verherrlichung der Wehrmacht und der Waffen-SS ist enorm. Dieser Eindruck entspricht der – eher selten klar ausgesprochenen – Position der NPD zum Nationalsozialismus. Voigt erklärte sich dazu im September 2004 – entlastet von dem in Karlsruhe eingestellten Verbotverfahren und auf eine Frage nach dem Verhältnis der NPD zu den neonazistischen „Kameradschaften“: Der Nationalsozialismus sei „natürlich“ als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD sei er „nicht maßgebend“, aber die Partei versuche, „neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.“¹⁷ Diese Aussage aus dem Munde des Vorsitzenden einer rechtsextremistischen Partei könnte im Übrigen fast allein schon für ein Verbot genügen.

5.3 MITTLERE POLITIKEBENE: INTERNATIONALE/EUROPÄISCHE/DEUTSCHE POLITIK

5.3.1 „Ethnopluralismus“ und Kampf gegen „Globalismus“

Das Kernelement rechtsextremistischer Vorstellungen einer internationalen Ordnung heißt „Ethnopluralismus“. Im Selbstverständnis von Rechtsextremisten bedeutet dies: Jede Nation verfügt über eine bestimmte, durch Geschichte, Kultur, geografischen Raum und Bevölkerung definierbare Identität. Je authentischer und unverfälschter, je weniger von „fremden“ Einflüssen beeinträchtigt diese Identität sei, desto stärker sei eine Nation. Alle Nationen hätten ein Anrecht darauf, ihre Identität zu wahren, Einmischungen abzuwehren und sich in freier nationaler Selbstbestimmung zu entwickeln.

Dieses Gedankenmodell bezieht sich auf die rechtsextremistische Sicht zu internationalen Beziehungen, zur Staatenordnung, zu militärischen Bündnissystemen und supranationalen Institutionen aller Art, zur Weltwirtschaftsordnung, schließlich auch zur Bevölkerungspolitik und zur Migrationsproblematik. „Ethnopluralismus“ hebt sich gegenüber dem offen imperialen, militaristischen und die Überlegenheit des eigenen Landes bedenkenlos reklamierenden Chauvinismus des „alten“ Rechtsextremismus auf den ersten Blick positiv ab. Insbesondere die Betonung scheinbarer Gleichberechtigung und damit Gleichwertigkeit souveräner Völker und Nationen wirkt unverdächtig. Ein näherer Blick auf das Modell enthüllt jedoch seinen Zusammenhang mit rechtsextremistischen Weltbildern. Die Merkmale einer bestimmten nationalen Identität werden zwar nicht näher definiert, aber dennoch einem völkischen Kollektiv insgesamt zugeschrieben. Wie und wer definiert, was spezifisch „deutsch“, „türkisch“ oder „französisch“ sein soll, ist nicht erkennbar.

„Ethnopluralismus“ impliziert zudem eine Ablehnung von internationaler Kooperation und vertraglichen Regelungen insgesamt. Rechtsextremisten sehen in anderen Nationen eben nicht automatisch gleichwertige und gleichberechtigte Verhandlungspartner, sondern Konkurrenten oder sogar Gegner. In der bewussten Abgrenzung tritt im Nachbarn, im „Anderen“ das „Fremde“ wieder als „minderwertig“ hervor. Kooperation mit ihm auf gleicher Augenhöhe scheint nicht zum Normalfall rechtsextremistischer Außenpolitik zu gehören. Das primäre Lösungsmuster zur Austragung von Konflikten im internationalen System wäre in der „ethnopluralisti-

schen“ Konzeption der NPD zweifellos wieder die auf Macht gestützte zwischenstaatliche Gewalt. Die Erfahrungen nach 1945 haben gezeigt, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen. Mit „Nationaldemokratien“ nach dem Bilde der NPD könnte das wieder anders werden.

Für das Gegenbild zum „Ethnopluralismus“ kennt die NPD mehrere Chiffren: „Globalismus“, „One World“, „Multikulturalismus“. Zu dem Stichwort „One World“ finden wir im *Politischen Lexikon* auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes folgenden Eintrag: „One World: Wahnvorstellung von einer möglichen ‚Eine Welt‘, eines Weltstaates mit Welt-Innenpolitik. Die falsche Vorstellung wird gespeist durch den Glauben an eine ‚Menschheit‘ ohne Bindungen und Überlieferungen. Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der ‚One World‘ sind die ‚Vereinten Nationen‘. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der ‚Westlichen Werte‘ sind die ‚Menschenrechte‘“ (Orthographie wie im Original; Anm. d. Verf.). Die Bekämpfung dieser angeblich weltweit wirksamen imperialistischen Verschwörung beginnt daher mit der Schaffung „ethnopluralistischer“ freier Nationen, die „Durchmischung“ und „Einmischung“ vermeiden und in allem das Gegenbild der „multikulturellen“ USA sind: Globalisierungskritik meint für Rechtsextremisten nicht wie bei Linksextremisten eine andere Gestaltung von Globalisierung, sondern deren kompromisslose Bekämpfung. Dabei steht die „soziale Frage“ nicht im Vordergrund, eher schon die Klage über den angeblichen Souveränitätsverlust von Nationalstaaten und über „kulturelle Überfremdung“. Auch hier findet man als vermeintlichen Urheber wieder die „Ostküste“ – als Chiffre für die von Rechtsextremisten unterstellte „jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung“.

5.3.2 Ausstieg aus der Europäischen Union

Angesichts ihrer Haltung gegenüber supranationalen Institutionen verwundert es nicht, dass die NPD aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die EU eingestellt ist. Die Kritik äußert sich zum Teil in wüster Demagogie, knüpft aber auch an gängige, teils populistische Bedenken gegenüber der Komplexität der EU an. Im Zentrum steht der Vorwurf der Abtretung von Souveränitätsrechten an eine „unheilvolle Allianz supranationaler Technokraten und Beamten“.¹⁸

Die EU verlange der Bundesrepublik einseitig große finanzielle Zahlungen ab, mit denen dann noch deutsche Arbeitsplätze in neue Mitgliedsländer

verlagert würden.¹⁹ Konsequenter als demokratisch intendierte Globalisierungs- und EU-Kritiker lehnt die NPD auch den gemeinsamen Markt ab, da er gewachsene Wirtschaftsräume zerstöre, Arbeitsplätze vernichte und Sozialabbau fördere.²⁰ Daher seien die Verträge von Schengen, Maastricht und Amsterdam aufzuheben, die bisherige Osterweiterung der EU „rückabzuwickeln“ und die gemeinsame Währung wieder aufzugeben.

Es ist also nicht nur Kritik an der Komplexität des „zentralistischen Brüsseler Apparates“, welche die NPD umtreibt. Sie will generell keine – wie sie es mutmaßt – Integration Europas als „Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen“, das letztlich ein „Umverteilungs- und Fremdbestimmungsmodell“ sei.²¹ Natürlich ist auch hier wieder die kapitalistisch-jüdische Weltverschwörung am Werke: „Europa ist das Ziel vieler Begehrlichkeiten. Viele wollen von der Schaffenskraft der Europäer profitieren. Die größte Bedrohung stellen derzeit die USA dar, die Europa ihr Wirtschaftssystem aufdrängen und Europa zum Nutzen ihrer Oberschicht ausbeuten wollen. Militärischer Träger dieser Unterwerfung ist die NATO.“²²

5.3.3 Ausstieg aus dem atlantischen Bündnis

„Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein. Daher fordert die NPD den Austritt aus der NATO und die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.“²³ Die NATO trifft also ein ähnliches Verdikt wie die EU. Sie wird als verlängerter Arm amerikanischer Kapitalinteressen gesehen, nicht als Werte- und Verteidigungsgemeinschaft der westlichen Demokratien. Die generelle Ablehnung der NPD gegenüber kollektiven Sicherheitssystemen ergibt sich wiederum aus dem Konzept des „Ethnopluralismus“. Demnach kann es auch keine irgendwie geartete Berechtigung von Auslandsmissionen für deutsche Truppen geben – egal ob im Rahmen der NATO oder der UN. Denn in fernen Ländern entstehende Probleme – wie etwa Afghanistan als zeitweilige Basis des islamistischen Terrorismus – gehen die Bundesrepublik demnach nichts an. Die von einem ehemaligen Offizier, der es immerhin zwölf Jahre in dem „imperialistischen Bündnis“ ausgehalten hat, geführte NPD verfügt über geringes sicherheitspolitisches Profil und Fachwissen. Wichtiger als eine realistische Einschätzung sicherheitspolitischer Risiken sind ihr offensichtlich solche historischen Hobbys wie die „Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit“ und die „Bildung eines deutschen Generalstabs“, wie das NPD-Programm fordert.²⁴

5.3.4 Verhältnis zum Islamismus

Der 11. September 2001 hat – nach dem Ende des Kommunismus – eine neue Bedrohung aller zivilisierten Staaten der Welt auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reife einer politischen Formation ergibt sich auch daraus, wie sie sich zu dieser Bedrohung positioniert. Der Rechtsextremismus zeigt dabei eine noch wesentlich deutlichere Sympathie und Nähe zum islamistischen Terrorismus als dies Linksextremisten tun.²⁵ Links- und Rechtsextremisten vereint zwar „antiimperialistische“ Kritik an den USA und an Israel; Rechtsextremisten schätzen aber darüber hinaus insbesondere den in der islamischen Welt grassierenden Antisemitismus.

Andererseits kollidiert diese Interessenidentität der Feindbilder für Rechtsextremisten mit ihrer notorischen Ausländerfeindlichkeit. Als größte Zuwanderungsgruppe gelten Muslime als Bestandteil jener „entwurzelten Massen“, mit denen – im Jargon der Rechtsextremisten – die „Verausländerung“ Deutschlands vorangetrieben wird. Die Verachtung der Rechtsextremisten für muslimische, besonders türkische Menschen, ist geradezu paranoid, man denke an Propagandaaktionen wie „Gute Heimreise“ oder die im Neonazi-Spektrum kursierenden menschenverachtenden Musiktexte. Die „vielen orientalischen Landbesetzer“ würden „bis zum Tag ihrer Rückführung“ eine „unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland“ aufweisen: „Niemand darf bezweifeln, dass der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist.“²⁶

Auf einer anderen, der außenpolitischen Ebene gelten nämlich die Islamisten als Verbündete der „Nationalisten“. Sie richten sich gegen den gleichen Feind, den amerikanischen „Globalismus“, der – so die NPD – ähnlich wie der islamistische Fundamentalismus die Freiheit und Identität der Völker bedrohe. Bei dieser Orientierung wird sogar die traditionelle Xenophobie von Rechtsextremisten durch den Hass auf westliche Werte überblendet: „So positiv die wachsende Islamfeindlichkeit innenpolitisch ist, weil sie die nationalistische Forderung nach Ausländerrückführung salonfähig macht, so bedenklich ist sie außenpolitisch, weil sie den US-Amerikanern und ihrer Aggressionspolitik gegen die arabische Welt in die Hände spielt.“²⁷

Wenn der Islam als „innerer Gegner [...] Verbündeter nach außen“²⁸ ist, so werden die archaischen und terroristischen Methoden der Islamisten taktisch akzeptiert. So erscheint die Anwesenheit des NPD-Vorsitzenden

Udo Voigt bei einer Veranstaltung der inzwischen verbotenen Terrorgruppe „Hizb ut-Tahrir“ im Oktober 2002 in Berlin durchaus konsequent.²⁹ Und im Januar 2007 schickte die NPD ihr Mitglied Benedikt Frings zur „Holo-caust-Konferenz“ nach Teheran, wo sich die Internationale der Revisio-nisten ein Stelldichein gab. Die *Deutsche Stimme* zeigte den deutschen Nazi beim freundlichen Händedruck mit dem iranischen Außenminister Mottaki.³⁰ Schon zuvor legte das Organ seinen Lesern einen taktischen Umgang mit dem iranischen Präsidenten nahe:

„Möglich, dass künftige Historiker den iranischen Präsidenten Ahmadined-schad einmal als Bahnbrecher einer geschichtlichen Wende würdigen werden. Denn der Iran ist derzeit die Speerspitze im Kampf um eine gerechtere Weltordnung. [...] Es gibt heute nicht mehr nur ‚den‘ Westen und den Rest der Welt. Seitdem das US-Regime ohne Rücksicht auf Ver-luste die ‚One World‘ ansteuert, sind neue Allianzen unumgänglich. Wer im Angesicht der amerikanischen Zumutung überleben will, muss sich heute andere Verbündete suchen als vor 20 Jahren: Man muss dies gera-de in Deutschland deutlich sagen, weil Millionen von Moslems in unserem Land das Zeug zu einer ethnisch-kulturellen Zeitbombe haben. Aber: Der Islam ist nicht unser Feind. Er mag der Feind Amerikas und der ‚west-lichen Werte‘ sein, aber er ist nicht der Feind der Deutschen. Wer unbe-dingt nach einer Statistenrolle in Amerikas verbrecherischen ‚Krieg gegen den Terror‘ schielt, spielt das Spiel Washingtons und Israels.“³¹

5.3.5 „Raumorientierte Wirtschaftspolitik“

Das von der NPD als „raumorientierte Wirtschaftspolitik“ oder „raum-orientierte Volkswirtschaft“ favorisierte Modell bewegt sich ideologisch nah an nationalsozialistischer Autarkiepolitik. Es knüpft an den von Herder entworfenen „geschlossenen Handelsstaat“ des frühen 19. Jahr-hunderts an, lehnt Weltmarkt, freien Warenaustausch und eigenverant-wortliches Unternehmertum weitgehend ab. Wirtschaft habe, so die NPD in vermutlich unbewusster Übernahme einer Diktion Mao Tse-tungs, „dem Volke zu dienen“³²: „Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflich-tung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozial verpflich-teten Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Auf-gabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung.“³³

In der Staatswirtschaft der NPD sind „Grund und Boden Eigentum des deutschen Volkes“; Unternehmen werden umfangreichste Abgaben abverlangt, wenn sie versuchen sollten, international wettbewerbsfähig zu werden,³⁴ „der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung der heimatischen Wirtschaftsbasis, darf diese aber in ihrer Vielfalt und Substanz nicht aushöhlen.“³⁵ Die Folgen einer Abkoppelung vom Weltmarkt für ein rohstoff- und energiearmes, aber technologisch führendes und exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik sind leicht auszumalen. Ideologisch motivierte Politik kümmert sich indessen nicht um solche „Kollateralschäden“.

5.3.6 Sozialagitation

Durch Aufgreifen nationalbolschewistischer Gedankenmuster haben NPD und „Kameradschaften“ eine umfangreiche Sozialagitation entwickelt, die sich seit 2004 besonders wirksam am Thema der Arbeitsmarktreformen festmachte. Es entspricht der agitatorischen Praxis, dass die Partei ausschließlich die Erhöhung von Sozialleistungen (für Deutsche) fordert, grundsätzlich aber keine finanziellen Deckungskonzepte für ihre Forderungen präsentiert.

Die Sozialagitation der NPD ist im Zusammenhang mit der Globalisierungskritik zu sehen und stets auf das völkisch-rassistische Gesamtkonzept der Partei bezogen. Mit sozialpolitischen Anliegen der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung oder der katholischen Soziallehre hat sie nichts zu tun. NPD und Kameradschaften suggerieren dem Publikum, soziale Ungleichheit habe ihre Ursache im „Globalismus“ und in den Welt herrschaftsplänen des (jüdischen) Kapitals. Befreiung von diesem Zustand zu organisieren, sei Aufgabe bewusst handelnder Nationalisten, die ihr Land aus dem System der Weltwirtschaft herauslösten.

Somit bleibt die Sozialagitation auch stets auf die „Volksgemeinschaft“ und die „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezogen: Arbeitsplätze und Sozialleistungen fordern Rechtsextremisten nur für Deutsche. Ausländer sollen hingegen aus den Sozialversicherungssystemen ausgegliedert werden.³⁶ Voraussetzung für die Teilnahme am Sozialstaat ist also nicht Bedürftigkeit oder eine nicht zu vertretene Notlage des Einzelnen, sondern die ethnische Zugehörigkeit zu einem völkischen Kollektiv: „Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Sie muss die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern.“³⁷

Populistische Sozialagitation ist zu einem der Hauptagitationsmuster der NPD geworden. Sie kann wegen ihrer Vielschichtigkeit hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Gleichwohl bildet sie die Fassade für die Systemkritik und die menschenfeindliche völkisch-rassistische Gesellschaftskonzeption der NPD. Sie muss daher stets in diesem Zusammenhang interpretiert werden. Ihr Gewicht innerhalb des strategischen Konzepts der NPD wird noch zunehmen: Ein neues NPD-Programm soll Aussagen zu den „Grundlagen von Volk und Staat, aber vor allem auch mit Blick auf antiglobalistische Denkansätze im ökonomischen Bereich“ stärker akzentuieren.³⁸

- 1| Zitiert nach Geisler, Astrid: „Das vergessene Land“. In: taz. Die Tageszeitung, 08.04.2006.
- 2| Die DVU hat sich offenbar mit dieser Frage nicht sehr tiefgründig beschäftigt. Die – wie sie richtig heißt – „freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist nicht etwa „im Grundgesetz verfasst“, sondern geht auf eine Rechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichts zu den tragenden Grundsätzen der Verfassung aus Anlass des SRP-Verbots von 1952 zurück.
- 3| So der NPD-Ideologe Karl Richter, in: Deutsche Stimme, 07/2006.
- 4| <http://www.ds-versand.de>, Stand 14.03.2007.
- 5| NPD-Funktionär Sascha Rossmüller, in: Deutsche Stimme, 10/2007.
- 6| Alle vorhergehenden Zitate aus NPD-Bundesvorstand: Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. – S. 15 f.
- 7| NPD: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. – Berlin, 2005. – S. 9.
- 8| NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm. – Berlin, 1997. – Ziff. 1, S. 2.
- 9| NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm. – Ziff. 1, S. 12.
- 10| Ebd.
- 11| Gansel, Jürgen W.: Zappeln in der Menschenrechtsfalle. Erklärung vom 15.03.2006, Homepage der NPD-Bundespartei.
- 12| NPD-Bundesvorstand: Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Funktionsträger und Kandidaten. – 2. Aufl. – Berlin, 2006. – S. 13.
- 13| Vgl. NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm. – Ziff. 5.1.2.
- 14| Alles unter <http://www-ds-versand.de/xtcommerce/> [04.05.2007].
- 15| Als „Revisionismus“ wird im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus das Bestreben bezeichnet, den Massenmord an den europäischen Juden abzuleugnen, zu relativieren oder für nicht bewiesen zu erklären. In der Bundesrepublik treten die Gerichte nicht mehr in eine Beweisaufnahme darüber ein, ob die Shoa stattgefunden hat; nach allgemeiner Rechtsprechung gilt dies als erwiesen und allgemeinkundig. Mit diesem Vorgehen soll Rechtsextremisten die Möglichkeit genommen werden, ihre zynischen Anzweiflungen zulasten der Opfer in jedem beliebigen Rechtsstreit wieder neu vorzutragen.
- 16| NPD-Bundesvorstand: Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. – S. 34.
- 17| Interview mit Udo Voigt in der Zeitung „Junge Freiheit“ vom 24.09.2004.
- 18| NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm. – Ziff. 9.

- 19| *NPD-Bundesvorstand: Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung.* – S. 20 f.
- 20| *NPD: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland.* – S. 65 f.
- 21| *NPD-Bundesvorstand: Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung.* – S. 20.
- 22| *NPD: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland.* – S. 66.
- 23| *NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm.* – Ziff. 15.
- 24| *Ebd.*
- 25| *Linksextremisten lehnen sozialkulturelle Aspekte des Islam wie den verminderten Rechtsstatus der Frauen, die Unterwerfung unter eine theokratische Ordnung sowie die rigide Reglementierung des Lebens nach religiösen Vorschriften ab.*
- 26| *Gansel, Jürgen W.: „Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen‘ – Eine Positionierung zwischen Islamismus und Amerikanismus“. In: Deutsche Stimme, 04/2006, S. 19.*
- 27| *Ebd.*
- 28| *Angelika Willig, in: Deutsche Stimme, 02/2007.*
- 29| *Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2002.* – Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz, 2003. – S. 185.
- 30| *Deutsche Stimme, 02/2007. Der deutsche Nazi berichtet gerührt, sein schiitischer Reiseführer habe ihn in ein Sufi-Kloster mitgenommen, wo beide gemeinsam gebetet hätten.*
- 31| *Richter, Karl: „Bleiben Sie am Ball, Herr Ahmadinedschad“. In: Deutsche Stimme, 07/2006.*
- 32| *NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm.* – Ziff. 4.
- 33| *Ebd.*
- 34| *In Folge 13 der NPD-Schriftenreihe „Profil“ („Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“) sind dies u.a. eine Anti-Lohndumping-Abgabe, eine Naturschutzabgabe, eine Arbeitsplatzsicherheitsabgabe und eine „Rückführungsabgabe“. Damit sollen die Kosten für die Rückführung ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer abgedeckt werden.*
- 35| *NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm.* – Ziff. 5.
- 36| *Ebd., Ziff. 7.*
- 37| *Ebd.*
- 38| *NPD-Funktionär Sascha Rossmüller, in: Deutsche Stimme, 10/2007.*

6. ZUSAMMENFASSUNG

Organisierter Rechtsextremismus ist – zumindest in Teilen der Republik – aus seiner Nischenexistenz ausgebrochen und versucht, zu einem politisch relevanten Faktor zu werden. Er tritt dabei in mehrdimensional modernisierter Form auf. Diese bezieht sich zum einen auf eine zeitgemäße politische Strategie und Taktik. Zu ihren Elementen zählen

- eine zwischen bisher verfeindeten rechtsextremistischen Spektren neuartige Bündnispolitik,
- eine Konzentration von Kapazitäten der Rechtsextremisten in ausgewählten Regionen,
- eine Professionalisierung der Kader und des politischen Marketings,
- eine taktische Zivilisierung, die mit moderatem und scheinseriösem Auftreten um Akzeptanz wirbt.

Diesem vergleichsweise geschickten Auftreten des rechtsextremistischen Bündnisses steht aber zum anderen eine ideologische „Modernisierung“ gegenüber, die im Kern eine Nazifizierung ist. Hinter der gefällig wirkenden Fassade verfolgen die Akteure des Bündnisses zivilisations- und menschenfeindliche Ziele. Wie ihr unausgesprochenes Vorbild, der historische Nationalsozialismus, bekämpfen sie das Gedankengut der Aufklärung und setzen ihm die Wahnidee einer biologistisch-rassistisch konstruierten Volksgemeinschaft entgegen. Bei ihrer aggressiv-kämpferischen Diskreditierung der freiheitlichen Ordnung bedienen sie sich sozial-

revolutionärer, antikapitalistischer und antiliberaler Agitationsmuster, die sie mit rechtsextremistischer Ideologie unterlegen. Die extremistische und menschenfeindliche Ausrichtung des Bündnisses aus NPD, „Kameradschaften“ und DVU übertrifft sowohl die „Alte Rechte“ früherer Jahrzehnte in Deutschland als auch viele der in Europa verbreiteten, zumeist rechts-populistisch agierenden Parteien.

Die demokratischen Kräfte haben früheren Aufwallungen des Rechtsextremismus – in den 1950er und den späten 1960er Jahren – nach vorübergehenden Erfolgen den politischen Nährboden wieder entziehen können. Auch der modernisierte Rechtsextremismus kann in seine Schranken gewiesen werden. Allerdings reicht dazu die bisherige Praxis nicht mehr aus, das Problem entweder zu beschweigen oder zu skandalisieren. Eine engagiert geführte, vom Konsens der Demokraten getragene politische Auseinandersetzung muss hinter der Fassade des Rechtsextremismus, dessen menschenfeindliche Ziele und seine fehlende Problemlösungskompetenz aufzeigen, seine Handlungsmöglichkeiten beschränken und Menschen, die für rechtsextremistische Agitation empfänglich sind, für die Demokratie zurückgewinnen.

7. AUSGEWÄHLTE EINFÜHRENDE LITERATUR

Rechtsextremismus hat umfangreich Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Publizistik gefunden. Nicht alle Veröffentlichungen sind indessen empfehlenswert, da viele von Linksextremisten stammen.

Über die aktuellen verfassungsfeindlichen Ziele von Rechtsextremisten informieren – mit entsprechenden Belegen – die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Sie sind durchweg im Internet abrufbar. Auf den Homepages der Behörden findet sich auch häufig als PDF-Dateien vorgehaltene weiterführende Literatur zu einzelnen Facetten des Rechtsextremismus.

Für einen erweiterten Überblick sind zu empfehlen:

- *BACKES, UWE / STEGLICH, HENDRIK (HRSG.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. – Baden-Baden: Nomos, 2007.*
- *BERGSDORF, HARALD: Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind. – München: Olzog, 2007.*
- *BEIER, KATHARINA U.A.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. – Greifswald: Steinbecker Verlag, 2006.*

- *BRANDSTETTER, MARC: Die NPD im 21. Jahrhundert. – Marburg: Tectum, 2006.*
- *KLÄRNER, ANDREAS / KOHLSTRUCK, MICHAEL (HRSG.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. – Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag, 2006.*
- *STAUD, TORALF: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. – Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2005.*
- *STEGLICH, HENDRIK: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004. – Göttingen: V & R unipress, 2005.*

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaft, Jura und Neuere Geschichte an der Universität Bonn und promovierte dort zu einem Thema der Parteienforschung. Nach Tätigkeiten in der politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Er ist Autor wissenschaftlicher Publikationen in Zeitschriften und Sammelbänden.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard
 Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-26996-3550
 E-Mail: michael.borchard@kas.de

Dr. Viola Neu
 Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-26996-3506
 E-Mail: viola.neu@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: robert.bischoff@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im Ge-
sundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte